

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit Illustr. Wochensage „Post u. Zeit“ frei Haus für die Zeit v. 21. Juli bis 28. Juli 45 Goldpfennige. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannsstr. 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstele



Lübecker

Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 168

Montag, 21. Juli 1924

31. Jahrgang

Der Stand der Londoner Konferenz.

Lübeck, 21. Juli.

Eine ungeheure Flut von Meldungen über den Verlauf der Londoner Konferenz überflutet die Spalten der großen Tageszeitungen. Fast alle diese Meldungen beginnen: „Aus gut unterrichteter Quelle erfahren wir“, „Man darf annehmen, daß...“ usw. Es ist also größte Vorsicht bei der Auswertung dieser Nachrichten geboten, um so mehr, als eine verfrühte Stellungnahme der deutschen Presse die Möglichkeiten für Deutschland bei den folgenden Verhandlungen außerordentlich erschweren kann.

Demgemäß übt auch der größte Teil der Zeitungen eine vorsichtige Zurückhaltung aus, mit Ausnahme natürlich der nationalitätlichen Schreihälse, die jede für Deutschland ungünstige Meldung mit einem wahren Indianergeheul begrüßen, weil sie darin Morgenluft für ihre innerpolitischen Machtsprüche wittern.

Daß auch wir über den bisherigen Verlauf der Konferenz keine reine Genugtuung empfinden, haben wir am Sonnabend bereits offen ausgesprochen. Es sind weniger die gefähten Beschlüsse, die uns so bedenklich erscheinen, es ist auch nicht die Tatsache, daß Deutschland bisher an den Verhandlungen nicht teilnehmen konnte — im Gegenteil bei der gegenwärtigen Lage ist es ein großer Vorteil, daß wir uns zurückhalten konnten, während Engländer und Amerikaner den zähen Kampf gegen die französischen Machtsprüche führen mußten; wäre Deutschland vertreten gewesen, so hätte es notwendig zu einer unheilvollen Vertiefung der Kluft zwischen Deutschland und Frankreich kommen müssen, und Macdonald hätte dann nicht die Möglichkeit gehabt, sich so aktiv auf die Seite Deutschlands zu stellen.

Das Niederdrückende ist, daß die bisherigen Verhandlungen ausgefüllt waren von der Frage der Sanktionen, „im Falle deutscher Verfehlungen“, vom Geist des Mißtrauens, der in dem französischen Senat seine Quelle hat und dem Herriot so weitgehende Zugeständnisse machen mußte, um nur überhaupt eine internationale Verständigung zustande zu bringen. Wir stehen mit diesem Gefühl nicht allein, in allen Ländern, auch in Frankreich, bedauern die freierlich gerichteten Stimmen, daß man mit diesen Nebenfragen vier wertvolle Tage vergeudet hat und zu den Fragen des Aufbaues der neuen Wirtschaftsvereinbarung noch gar nicht gekommen ist.

Aber schließlich überwiegt doch die Genugtuung, daß man an der Klippe, die die Londoner Konferenz zu sprengen drohte, durch das Kompromiß, über das wir berichteten, hinweg gekommen ist, und daß die Arbeit jetzt in ruhigerem Fluß vor sich geht.

Daß dieses Kompromiß in Wirklichkeit nicht so gefährlich ist, wie es nach dem Wortlaut und den Kommentaren der deutschen Rechtspresse zunächst erscheinen mag, dafür bürgen die Entrüstungsschreie der Pariser Hesperie so gut wie die Genugtuung der Linken.

Man höre die Jeremiade des „Journal“, das klagt, daß eine Neubesehung der Ruhr dadurch praktisch unmöglich werde, selbst für den Fall, daß Deutschland sämtliche Zahlungen einstelle. Zunächst dürfe das deutsche Vergehen nicht in einer der zahllosen Unzulänglichkeiten des Sachverständigenberichts seine Ursache haben; dann müsse eine Verfehlung offiziell festgestellt oder zum allermindesten dürfe sie von dem Generalagenten für die Reparationszahlungen und Vertreter der Geldgeber nicht bestritten sein. Es liege auf der Hand, daß niemand gegen die Meinung dieser beiden Beamten etwas ausrichten könnte, selbst wenn sie die Situation auch nicht mehr unbedingt beherrschten. Ferner müsse sich die Mehrheit der Reparationskommission einschließlich des amerikanischen Vertreters im Sinne einer Verfehlung aussprechen. Die Regierungen müssen sich alsdann verständigen und dürften als Sanktionen nicht irgendwelche Maßnahmen beschließen. Die finanziellen Interessen und auch die der Geldgeber müßten respektiert werden. Was bleibe bei soviel Vorbehalten von der Handlungsfreiheit übrig?

Und dieselbe Auffassung, daß es sich bei der Handlungsfreiheit für neue Sanktionen nur um eine rein theoretische Möglichkeit handle, klingt aus der Linkspresse wieder. So schreibt die „Ere Nouvelle“: „Am dem Senat zu gefallen, wird man ohne Zweifel die Form des Versailler Vertrages bei der weitgehenden internationalen und nicht alliierten Finanzoperation, die die Londoner Konferenz ausführbar machen soll, respektieren, aber das ist nur eine Form. In Wirklichkeit hat die Politik des Versailler Vertrages ein Ende gefunden und die Politik der Reparationszahlungen durch internationale Abkommen wird in die Erscheinung treten und durch die Londoner Konferenz möglich gemacht werden.“

Es ist also einseitig noch nichts für uns verloren. Im Gegenteil, die deutschen Vertreter, die in den nächsten Tagen nach London fahren werden, haben günstigere Verhandlungsaussichten, als irgendeine frühere deutsche Delegation. Denn die

Amerikaner, die zum erstenmal seit der Versailler Konferenz ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben, bestehen auf einer gütlichen Vereinbarung mit Deutschland. Käme sie nicht zustande, so würden sie sich von den europäischen Angelegenheiten zurückziehen; und diese Gefahr scheut man auch in Frankreich mehr als alles andere.

Selbstverständlich erwarten auch wir, daß der Reichskanzler, der voraussichtlich selber nach London fahren wird, den deutschen Standpunkt mit würdiger Festigkeit vertreten wird, daß er sich vor allem für die völlige Befreiung der besetzten Gebiete mit Nachdruck einsetzen wird.

Um so verwerflicher ist es, wenn die deutsche Hesperie jetzt schon erklärt, daß Deutschland sich an diesem „raffinierten Versailler“ auf keinen Fall beteiligen dürfe, daß wir zu allem nur „Nein“ zu sagen hätten.

Wir haben oft genug auseinandergelegt, welche furchtbaren Folgen eine solche Katastrophopolitik für uns alle, vor allem aber für die immer noch furchtbar leidenden besetzten Gebiete haben müßte.

Aufgabe unserer Fraktion, die heute in Berlin versammelt ist, wird es sein, der Regierung für eine vernünftige Vertretung der deutschen Interessen den Rücken zu stärken und den machthungrigen Wölfen des Nationalismus einen Damm entgegenzusetzen.

*

Berlin, 21. Juli. (Radio.)

Die Reichsregierung erwartet spätestens für Mittwoch ihre Einladung zur Londoner Konferenz. Scheinbar hat sie auf Grund omnidirektionaler Verlautbarungen aus London bereits seit einigen Tagen mit einer Einladung gerechnet; denn inzwischen sind die notwendigen Vorbereitungen für die Teilnahme an dem Schlusstag der Londoner Beratungen getroffen worden. Voraussichtlich wird der Reichskanzler in Begleitung des Außenministers persönlich in London erscheinen, außerdem werden eine ganze Reihe von Spezialisten des Auswärtigen Amtes mitreisen.

London, 21. Juli. (Radio.)

In maßgebenden politischen Kreisen Londons verläutet, daß sich die Hauptdelegierten während ihres Aufenthaltes in London dahin geeinigt haben, die Räumung des Ruhrgebietes in der Zeit vom 15. September bis 30. Oktober vorzunehmen.

Die Kompromißformel.

Paris, 20. Juli.

Die Formel, auf die man sich in der Frage der Sanktionen geeinigt hat, stellt ein Kompromiß zwischen den englischen und französischen Anträgen dar. Die Prozedur bei schweren deutschen Verfehlungen finden nach dem Sachverständigenplan durch die Kontrollorgane beim auf schiedsrichterlichem Wege ihren Austrag — ist unmecht die folgende:

„Die Feststellung erfolgt durch die Hinzuziehung eines amerikanischen Vertreters zur Reparationskommission. Die Entscheidung über etwaige Sanktionen dagegen ist den alliierten Regierungen selbst vorbehalten, die darüber gemeinsam beraten und beschließen und folgenden, in Artikel 3 der am Sonnabend angenommenen Vereinbarung festgelegten Gesichtspunkten Rechnung zu tragen haben:

1. Die Sanktionen dürfen sich nicht erstrecken auf die in der internationalen Anleihe garantierenden Spezialpfänder. 2. Die Verzinsung und Tilgung der Anleihe soll, falls die Eingänge aus den Spezialpfändern nicht ausreichen sollten, eine Priorität auf alle aus eventl. Sanktionen erzielenden Einnahmen erhalten. 3. Die in Aussicht genommenen Sanktionen sollen erst durchgeführt werden, wenn der Agent für die Überweisungen“ und ein von den internationalen Geldgebern zu ernennender Vertreter sich dazu gutachtlich geäußert haben.“

Nach den ursprünglichen Vorschlägen der englischen Lösung sollte zu den Sanktionen die ausdrückliche Zustimmung des Agenten für die Überweisungen sowie des Treuhänders für die deutschen Obligationen erforderlich sein. Nach der nunmehr angenommenen Lösung sollen die Vertreter der internationalen Finanzinteressen nicht mehr eine zweite übergeordnete Instanz bilden, sondern nur noch mit einer Art Suspensivveto ausgestattet sein.

Macdonald für Abrüstung.

Genf, 19. Juli.

Das Sekretariat des Völkerbundes veröffentlichte am Sonnabend die Antwort Ramsay Macdonalds auf den Vorschlag eines internationalen Garantiepaktes. Die englische Regierung hält die Einschränkung der Rüstungen für die erste Voraussetzung, um zur Befriedung der Welt zu gelangen. Sie wird deshalb zu gegebener Zeit die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz vorschlagen, an der auch die im Völkerbund nicht vertretenen Nationen teilnehmen sollen. Die englische Regierung wird jede Bewegung tatkräftig unterstützen, die zu einer sofortigen und vollständigen Rüstungseinschränkung führt.

Anzeigengebühr: für die achtaebaltene Zeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpf., Verfammlungs-, Arbeit- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannsstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstele.
905 nur Redaktion.

Der Janustopf des Bolschewismus.

Man kann das Kühne Wert der ersten bolschewistischen Führer, Rußland vom Zarismus befreit zu haben, ruhig anerkennen, denn die Geschichte wird die Existenzfähigkeit dieses Wertes schon erproben; für den denkenden Sozialisten aber entfällt schon in der Gegenwart die Verpflichtung, nachzuprüfen, ob man mit den Methoden der jetzigen Bolschewisten dem Sozialismus auch nur einen Schritt näher kommt.

Denn Sozialismus heißt nicht nur Befreiung des Menschen von der Sklaverei der kapitalistischen Produktion, sondern vor allem auch Befreiung vom eigenen Ich, das noch stark belastet ist mit den dunkeln Gedankengängen unserer Zeit, heißt also: Höherentwicklung des Bewußtseins, der noch in uns allen schlummert, zu dem freien Menschen der Zukunft. Deshalb ist der Kampf der Demokratie gegen den Absolutismus, die freie Willensbestimmung der Volksmehrheit gegen die blutige Waffe des einzelnen, ein so wichtiges und unentbehrliches Moment im Ringen um den Sozialismus.

Stieht man der kommunistischen Bewegung außerhalb Rußlands ins Gesicht, so findet man, daß sie überall gegen ihr angetane Gewalt in derselben Weise wie wir protestiert. Sie verlangt in den Staaten, wo der Kapitalismus herrscht, von ihrem Gegner Amnestie, verlangt die Freilassung der Gefangenen, fordert Beteiligung an den öffentlichen Ämtern und wehrt sich dagegen, daß ihre Mitglieder als Staatsbürger zweiter Klasse betrachtet werden; sie füllt wochenlang ganze Spalten ihrer Zeitungen mit flammenden Aufsätzen, wenn der kapitalistische Staat von seinen Machtmitteln Gebrauch gemacht und kommunistische Arbeiter niedergeschlagen hat.

Unschicklich ist das menschlich verständlich und wäre ebenso sehr tief innerlich berechtigt, wenn nicht der Kommunismus zwei Gesichter hätte und da, wo er selbst an der Macht ist, die schrecklichsten Gewaltmaßnahmen anwendet. Der Krieg ist ein fürchterliches Ding und verhängt sinnlos ganze Völkern von Menschenopfern. Fürchterlicher noch ist der Bürgerkrieg, der Menschen gleicher Junge im blutigen Kampf gegeneinander wirft. Das Fürchterliche aber ist der Kampf einer notleidenden, unterdrückten Klasse unter sich selbst, während draußen der Klassenfeind nur auf den Zeitpunkt wartet, wo er über das geschwächte Proletariat mit der höheren Aussicht auf Sieg herfallen kann.

Diese Gräßlichkeit des Gegenjahres und des würgenden Kampfes der Arbeiterklasse unter sich im bolschewistischen Rußland am stärksten in Erscheinung. Ja, hier tritt indessen noch eine Steigerung ein, als es nicht etwa eine Klassenfremde Regierung ist, die die Arbeitermassen gegeneinander ins Feld führt und nach dem Grundjah „divide et impera“ — teile und herrsche — sich an der Macht erhält, sondern hier ist es eine Regierung, die den Kommunismus auf ihre Fahne geschrieben hat und Karl Marx Denkmäler baut, die zu den grausamsten Unterdrückungsmethoden gegen Angehörige nicht nur ihrer Klasse, sondern ihrer eigenen Partei greift.

Die russische kommunistische Partei (KPR) besteht zum größten Teil aus Angestellten des Sowjet-Staates, zum kleineren Teil aus sogenannten Arbeiterkommunisten. Diese Arbeiterkommunisten sind die Menschen in den Fabriken und auf den Getreidefeldern, denen der Kommunismus zur Religion geworden ist. Sie beugen ihren Rücken und arbeiten zehn bis zwölf Stunden am Tage, leiden willig Entbehrung und Not, lassen sich einziehen in die rote Armee zur Verteidigung des Landes, sie sind der wertvollste Bestandteil des Bolschewismus. Und ausgerechnet auf diesen Menschen laßt die Faust der Diktatur-Regierung mit so rücksichtsloser Grausamkeit, daß eine Gruppe von ihnen jetzt mit einem eigenen Programm und einem öffentlichen Aufruf an die Kommunisten der ganzen Welt hervorgetreten ist. Der Aufruf ist überschriften:

„An das internationale kommunistische und mit ihm sympathisierende Proletariat über die Repressalien gegen die Arbeitergruppe der kommunistischen Partei Rußlands.“

Der Aufruf trägt die Unterschriften einer Anzahl Kommunisten, darunter des bekannten alten Bolschewiken Maslennikow, den die kommunistischen Machthaber bereits schon einmal im Perm-Gefängnis hinter Gitter zu erschießen versuchten, um den Mund dieses einflussreichen Arbeiterführers stumm zu machen. In dem Aufruf wird dann gesagt:

„Die Arbeitergruppe der KPR besteht ausschließlich aus Arbeiterkommunisten, welche nicht als Beamte in den Sowjets-, Gewerkschafts- und Partei-Institutionen, sondern unmittelbar in den Fabriken und Betrieben arbeiten. ... Die herrschende Schicht der KPR, die bürgerliche Verlage legal bestehen läßt, will aber das legale Auftreten der Arbeitergruppe nicht erlauben, sodas diese vom ersten Schritt an zu unterirdischer illegaler Arbeit verurteilt waren. Trotzdem begann die Gruppe schnell zu wachsen und sich zu stärken.“

Es wird dann ausdrücklich betont, daß diese Arbeitergruppe durchaus nicht von der kommunistischen Anshauung abgehe, daß sie theoretisch der Opposition der Berliner KPD nahestehe. Sie verlangt nur, daß zur Verstärkung der Diktatur der Arbeiterklasse das Proletariat mehr mit seinen Klassenorganisationen an der Verwaltung des Staates und der Industrie beteiligt werde; insbesondere fordern sie ein Deputierten-Räteystem in den Betrieben nach Art der deutschen Betriebsräte. Die russische Zentrale, so heißt es weiter, machte alle Anstrengungen,

um die Arbeiterklasse, ganz einseitig zu informieren, manchmal wende sie sogar direkte Lüge an.

Warum das geschieht, geht aus dem Nachstehenden hervor, den diese Gruppe der Arbeiterkommunisten in ihrem Aufruf ausführt:

„Wenn Präsident Ebert oder Premierminister MacDonald die revolutionären Arbeiter erbleibt, so ist dies möglich, weil hinter ihnen das gesamte Bürgertum steht. Hinter der Sowjet-Regierung steht, wie sie selbst immer rühmt, nicht die Bourgeoisie. Die Verfolgungen gegen revolutionäre Arbeiter sind aber in Russland viel schrecklicher als in Westeuropa, weil man nicht nur die revolutionären kommunistischen Arbeiter in die Gefängnisse wirft, sondern auch ihre Familien in Haft behält. Ein Gerichtsvorsatzere gibt es für die ehrlichen Kommunisten nicht, das bestehende Recht wird einfach gebrochen.“

Man bedenke wohl: dieser Aufruf geht von tief überzeugten Kommunisten aus und deutet die schweren Verfolgungen, die Verbannungen nach Sibirien, die Erschießungen und niederträchtigsten Strafen nur ganz vorsichtig an. Das Wort aber, daß die Verfolgungen der revolutionären Arbeiter viel tiefer sind als in den kapitalistischen Staaten Westeuropas und daß man nicht einmal die Familien der verhafteten Arbeiter spart, dieses Wort ist eine flammende Anklage gegen den gewalttätigen Bolschewismus überhaupt.

Das deutsche Proletariat hat sich zu überlegen, ob es sich auf den schweren Weg zum Sozialismus diese asiatischen Methoden gefallen lassen will, ob es sich beugen will unter das Joch einer harten Staatsbürokratie, die mehr und mehr den Charakter einer selbsttätigen Zwangsgesellschaft annimmt. Gewiß sind die Zustände im demokratischen Staat außerordentlich verbesserungsbedürftig, gewiß ist auch für unsere Partei noch manches zu tun, um die reine Demokratie durchzusetzen. Aber gegenüber den russischen Zuständen, wo man dem opponierenden Arbeiter einfach den Revolver an die Schläfe hält, sind die deutschen Verhältnisse noch ideal zu nennen. So zeigt also der Schrei der kommunistischen Arbeiter aus Russland auch den irgeleiteten Massen in Deutschland, was sie von einer Herrschaft des Bolschewismus zu erwarten haben. Mag es auch manchem schmerzhaft sein, den schönen Glauben an den „Arbeiter- und Bauernstaat im Osten“ aufzugeben, an diesen furchtbaren Beweisen seelischer und körperlicher Not kann niemand vorbeigehen.

Darauf es aber ankommt, ist, aus dieser Erkenntnis heraus zu handeln, den Kommunismus in Deutschland zurückzuwerfen und die sozialistische Bewegung von innen heraus zu härten.

Verkleinerung des Reichstags.

Die Regierungsvorlage.

In den letzten Tagen ist die Frage der Parlamentsreform verschiedentlich in der Presse wieder angeschnitten worden. Wie der „Soz. Parl.-D.“ vom Reichsstaatsministerium hört, ist der neue Gesetzesentwurf zur Parlamentsreform im Reich dem Reichsrat bereits zugegangen. Er unterscheidet sich im großen und ganzen nicht viel von dem bereits dem letzten Reichstag vorgelegten Entwurf. Vorgezogen ist ein Abbau der Zahl der Reichstagsabgeordneten von 471 auf 399. Diese Zahl wurde deswegen genommen, weil sie die Bildung von Zweidrittelmehrheiten erleichtert. Die runde Zahl von 400 Reichstagsabgeordneten kommt zustande, wenn eine normale Wahlbeteiligung angenommen und die notwendige Stimmzahl für ein Mandat von 60 000 auf 75 000 erhöht wird.

Die Frage der Parlamentsreform in Preußen ist bis jetzt nur deshalb noch nicht zur Erledigung gekommen, weil Preußen erst die Regelung im Reich abwarten will. Unsere Genossen in Preußen fordern jedoch, daß zunächst die ganz überflüssige Einrichtung des Staatsrats verschwindet, bevor man aus Sparmaßregeln an eine härtere Herabziehung der Zahl der Abgeordneten herantritt.

Das Gesetz zum Schutze der Republik.

Wie es angewandt wird.

Gegen links Zuchthaus.

Königsberg, 20. Juli.

In dem Königsberger Kommunistenprozeß wurde am Samstag von dem Staatspräsidenten beim Reichsgericht wiederum als Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes folgende Urteile verkündet: Deibendahl 7 Jahre Zuchthaus und 1000 M. Geldstrafe; Kähler 6 Jahre Zuchthaus und 600 M. Geldstrafe; Sepold 5 Jahre Zuchthaus und 500 M. Geldstrafe; Baumann 4 Jahre Gefängnis und 400 M. Geldstrafe; Raebich 6 Jahre 2 Monate Gefängnis und 300 M. Geldstrafe; Warmel 2 Jahre Gefängnis und 200 M. Geldstrafe; Lorenz, Limburg, Gollies und Hoffmann je 1½ Jahre Gefängnis und 200 M. Geldstrafe; Kaszt 2 Monate Gefängnis, die durch die Unteruchungshaft als verbüßt gelten. Den übrigen Verurteilten wurde die Unteruchungshaft entsprechend angedreht. Das Urteil entspricht im wesentlichen den Anträgen des Staatsanwalts.

Der Staatsgerichtshof nahm als erwiesen an: Späterens September 1923 sollte die KPD. durch ihren bis ins kleinste vorbereiteten Plan die Ziele der KPD. verwirklichen, die gegenwärtige Regierung mit Gewalt stürzen und an ihre Stelle die Arbeiterregierung nach Sowjetmuster errichten. Puffversuche von rechts, von denen man sprach und die man in Kürze erwartete, wollten die Angeklagten dazu benutzen, über ihre Ziele hinaus durch Sturz der gegenwärtigen Regierung die eigene Arbeiterregierung zu errichten. Seit September 1923 war die KPD. illegal und daher in dieser Zeit staatsfeindlich. Jedes Mitglied der KPD. kannte dieses Ziel der KPD. und mußte demnach gemäßig sein, nach § 7 des Gesetzes zum Schutze der Republik bestraft zu werden. Das Ziel war, von der Zentrale der KPD. ausgehend, nicht nur auf einzelne Teile Deutschlands beschränkt. Gerade die gegenwärtigen Verhandlungen ergaben, daß dieses Ziel auch in Preußen verwirklicht werden sollte. Die Hauptangeklagten mußten auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik mit Zuchthaus bestraft werden, obwohl der Staatsgerichtshof zu der Überzeugung gelangt ist, daß die Verurteilten nicht in späterer Genügnung gehandelt haben.

Dazu schreibt der „Soz. Parlamentsdienst“: Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die in Königsberg Verurteilten sich gegen das Gesetz zum Schutze der Republik vergangen haben. Aber das geschieht nicht aus egoistischer Genügnung heraus, wie das Gericht selbst feststellt hat. Wir glauben deshalb der Hoffnung Ausdruck geben zu sollen, daß der Reichspräsident von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch macht und die Zuchthausstrafen mit der Ansicht auf gänzliche Aufhebung bei guter Führung in Gefängnisstrafen umwandelt.

Gegen rechts Freispruch.

München, 19. Juli.

Vor dem Schöffengericht in Würzburg hatte sich dieser Tage der Straßflüßerfabrikant Johann Aischel wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik zu verantworten. Er nannte in einem Eideschwur anderen Reichsgegnern gegenüber den ermordeten Erzberger einen meißeligen Schuft, an-

Die Schmach von Niederschönenfeld.

Ernst Toller vor dem Reichstag.

Berlin, 19. Juli.

Der erst vor wenigen Tagen aus dem Festungsgefängnis entlassene Dichter Ernst Toller nahm am Sonnabend Gelegenheit, sich im Reichstage, hauptsächlich vor den sozialistischen Mitgliedern des Rechtsausschusses, über die Zustände in Niederschönenfeld zu äußern.

Die bürgerlichen Abgeordneten mit Ausnahme eines Demokraten, verzichteten auf die Erklärungen Tollers.

Das dürfte in dem Bewußtsein geschehen sein, daß Tollers Erklärungen Dinge zu Tage förderten, die nicht nur eine Schmach für die bayerische Justiz, sondern auch für den Reichstag bedeuten, der die Zustände in Niederschönenfeld bestehen läßt. Toller führte u. a. folgendes aus:

„Der Strafvollzug in Niederschönenfeld ist so demütigend wie irgend möglich. Während Hitler durch die Zeitung sich gegen Verleumdung weiterer politischer Besuche ergeht, Graf Arco Tag für Tag Urlaub erhalten konnte, die Akerbauschule besuchte und monarchistische Artikel veröffentlichten konnte, begann gegen Toller und seine Lebensgefährten vom ersten Tage seiner Einlieferung an ein hartes Ringen, das sich immer mehr und mehr verschärfte. Während sie anfangs 6 Stunden täglich Besuch empfangen durften, wurde diese Erlaubnis später auf sechs Stunden wöchentlich eingeschränkt. Seht mußte die Unterhaltung mit den Besuchenden unbedingt in Gegenwart eines Beamten stattfinden, der selbst bei den Unterredungen mit Rechtsanwältin zugegen ist. Tollers Arzt wurde abgewiesen. Es herrschte die schärfste Zensur.

Schriftstellerische Tätigkeit war verboten. Urlaub wurde nicht erteilt, selbst wenn es darum ging, sich von der sterbenden Mutter oder von dem sterbenden Kinde zu verabschieden.

Besonders schlimm war es während der Aera des Staatsanwalts Kraus. Disziplinarstrafen hagelten wegen jeder Kleinigkeit.

Bald hatte der Gefangene mit dem linken Fuß eine unehrerbietige Bewegung gemacht, bald war die Haltung oder der Gesichtsausdruck nicht vorchriftsmäßig.

Mühsam erhielt 10 Tage Einzelhaft mit Bettentzug weil bei ihm ein revolutionäres Gedicht aufgefunden war. Sauber wurde in die Zwangsjacke gesteckt, weil er in der Erregung, daß er in Einzelhaft mußte, dem Aufseher gesagt hatte: „Mensch, du machst mich ja kaputt, mach mich doch gleich ganz kaputt.“ Seine Verfehlung bestand darin, daß er eine Flasche, die für seine Frau bestimmt war, in eine kommunistische Zeitung eingewickelt hatte, während die Weitergabe solcher Zeitungen verboten war. Als einer der Gefangenen, dessen Geisteszustand Zweifel erregte, in Einzelhaft kam und Mühsam, Weinart und ein dritter Gefangener durch eine Eingabe den Festungsvorstand auf seinen Zustand aufmerksam machten, erhielten auch sie Einzelhaft. Dieser Gefangene kam später doch ins Strrenhaus. Eingaben an die Reichsregierung wurden beschlagnahmt. Jahrbehandlungen wurden nur als Vergünstigung für gute Führung gestattet. Als dieser Staatsanwalt Kraus seine Amtstätigkeit in Niederschönenfeld begann, jagte er zu einem der Gefangenen: „Ich bin Direktor, Sie haben zu gehorchen, ich greife durch, wenn es sein muß, mit Waffengewalt. Toller gegenüber äußerte er: „Ich werde

Sie sich on kleinkriegen!“ Eine Krankenabteilung gibt es in Niederschönenfeld nicht.

„Der Gefangene Hagemann starb in einer Einzelzelle ohne jede Hilfe auf einem Lehnstuhl, den ihm seine Mitgefangenen besorgt hatten.“

Eine Eingabe Tollers an die Staatsanwaltschaft, in der er den behandelnden Arzt der fahrlässigen Tötung bezichtigt, blieb ohne jeden Erfolg. Dafür aber wurde der Festungsvorstand zum Oberregierungsrat befördert, der Arzt zum Medizinalrat und der Werkmeister zum Oberwerkmeister. Jede Gelegenheit zur Demütigung der Gefangenen wurde wahrgenommen. So mußten sie sich bei der Einlieferung entkleiden und auf das peinlichste unteruchen lassen. Eine noch genauere Untersuchung wurde in einem Falle an der Frau eines Verurteilten in Eichstätt vorgenommen. Unter Tränen berichtete sie darüber ihrem Mann. Es ist zu begreifen, wenn die Gefangenen bei den ständigen Schikanierungen in Erregung geraten. Die bayerische Regierung erklärte dann aber, die Niederschönenfelder Gefangenen begingen fortgesetzt Disziplinarverfehlungen. Einen Untersuchungsausschuß wollten sie auf keinen Fall zulassen.

Als der Reichstag einen Ansuchen einsetzte, erhielt der Festungsvorstand den Befehl, auch Reichstagsmitgliedern den Zutritt in die Festung zu verwehren.

Nervenzerrüttend wirken die beständigen Gerüchte über die bevorstehende Amnestie. Der letzte Ausspruch Kahls im Reichstag, man müsse die Räteverfehlungen als verjährt betrachten, hat bei den Gefangenen die Ueberzeugung hervorgerufen, daß sie jetzt amnestiert werden würden. Als sie sich von Toller verabschiedeten, äußerten sie alle die Hoffnung, daß sie ihn in Freiheit erhalten, daß aus der Amnestie auch diesmal nichts geworden ist, so wird das einen völligen Nervenzusammenbruch zur Folge haben. Daß aber diesen wenigen vom Jahre 1919 übriggebliebenen Gefangenen nicht die Freiheit geschenkt wird, ist ein unerhörtes Unrecht.

Die Entlassung Tollers weist auch charakteristische Momente auf. Als er sich an den Gefangenenvorstand mit der Bitte wandte, seine 14 Mitgefangenen mit 7 Pfund Rindfleisch und Makkaroni zu bewirten, ist dies mit der Begründung abgelehnt, Abschiedsfeiern gebe es nicht. Die Bestellung über schreite die Grenze der Mäßigkeit und sei mit dem Ernst des Strafvollzugs nicht zu vereinbaren. Toller selbst, obgleich er vier Jahre bayerischer Landtagsabgeordneter gewesen ist, wurde als nicht bayerischer Staatsangehöriger des Landes verwiesen. In der Begründung heißt es:

Er habe nach Feststellung seine Gesinnung nicht geändert und bedeute nach wie vor eine Gefahr für die Sicherheit des Landes. Deshalb sei seine Ausweisung erforderlich. Unter Begleitung von 2 Kriminalbeamten wurde er auf dem vorgezeichneten Weg unter Vermeidung der Industriezentren über die Grenze abgeschoben.

Als er die Absicht äußerte, einen kürzeren Weg zu wählen, wurde ihm erklärt, daß er gegebenenfalls mit Gewalt daran verhindert werde. Toller begibt sich jetzt zu seiner Mutter. Dann beabsichtigt er, in Leipzig an der Kulturwoche teilzunehmen, wo er bei Anführung der „Wandlung“ und eines großen von ihm verfaßten Spiels mitwirken wird. Später will er sich, nach einem kurzen Aufenthalt in Berlin, zurückziehen, um das Material über seine Lebensgefährten zu verarbeiten und ein neues Stück zu schreiben.

pen und Betrüger, der das deutsche Volk um 16 Millionen Mark betrogen habe, und den ermordeten Rathenau bezeichnete er als Judensau; alle diese Lumpen mühen weg usw. Vor Gericht suchte der Angeklagte seine damals gebrauchten Neuzerungen einwandfrei nachzuweisen. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß zwar eine öffentliche Beschimpfung vorliege, doch sei die allgemeine sehr gereizte Stimmung damals (im Juli 1923) in Betracht zu ziehen, so daß die Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis mit voller Bewährungsfrist am Platze sei. Die Richter waren aber noch milder und sprachen den Angeklagten frei. Sie begründeten ihren Freispruch damit, daß die von dem Angeklagten gebrauchten Worte wohl als Beschimpfung betrachtet werden könnten, aber es fehle bei dem Eideschwur der Begriff der Defamierung. Es sei nur ein bestimmter Personenkreis vorhanden gewesen. Wie man sieht, haben die Schöffengerichte in Bayern von den Volksgerichten sehr viel gelernt.

Der mißgewordene Lokomotivführer.

Ein neuer „harter Mann“.

München, 21. Juli. (Radio.)

Der völkische Abgeordnete Streicher. Vertreter Münchens im bayerischen Landtage hielt zusammen mit seinem Freunde von der völkischen Opposition Eßer am Sonnabend eine Versammlung in Nürnberg ab, die ebenso wie die Mittwoch-Versammlung in München der Organisation der Opposition innerhalb der nationalsozialistischen Partei und Fraktion galt. Streicher verherrlichte u. a. die Deutsche d. h. völkische Revolution, die zur Schaffung des völkischen Staates mit allen Machtmitteln durchgeführt werden müsse. Er stellte sich als Führer in diesem Feldzug hin, kein anderer dürfe führen. „Unsere Organisation ist ein Eisenbahnzug — Ich bestimme, wer einsteigen darf, ich stehe auf der Lokomotive und pfeifen tue ich auch.“ Wie in München, so wurde auch in Nürnberg der ehemalige bayerische Kronprinz schwer angegriffen. Laße er sich von der bayerischen Volkspartei einfangen, dann werde er auf das Schafott gestellt werden. Alles in allem war auch diese Versammlung eines nationalsozialistischen Abgeordneten die schwerste Kampfanlage gegen die Partei und Fraktion, denen er bisher noch angehört.

Nach dem „Trommler“ Hitler, der „Pfeifer“ Streicher! Wenn der Deutschland nicht rettet, ...

Alle Gewerkschaften für den Achtmundentag.

Auch die Christlichen gehen mit.

Berlin, 17. Juli.

Familie gewerkschaftliche Spitzenverbände einschließlich der christlichen Gewerkschaftsorganisationen, traten heute nachmittags gemeinsam mit den Spitzenorganisationen der Deutschen Beamtenschaft zu eingehenden Beratungen zusammen, die der Frage galten, ob durch Benützung einer allgemeinen Volksabstimmung die in den Parlamenten ins Stocken gekommenen Vorarbeiten zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit auf der Basis des Achtstundennormalarbeitsgesetzes und der Ratifikation des Arbeitszeitabkommens von Washington auf anderem Wege zur Klärung gebracht werden können. Die Aussprache führte zu einem posi-

tiven Ergebnis, indem grundsätzlich alle Gewerkschaftsrichtungen den Weg der Veranstaltung eines Volksbegehrens mit nachfolgendem Volksentscheid als gangbar anerkannten. Ueber Zeitpunkt und Art des Vorgehens sollen zunächst noch innerhalb der einzelnen Verbände in kürzester Zeit Beratungen stattfinden mit dem Ziel, auch über diese tatsächlichen Fragen eine rasche Verständigung innerhalb aller gewerkschaftlichen Spitzenverbände herbeizuführen. Die Möglichkeit, daß es der Reichsregierung noch gelingt, beim Reichstag die Ratifikation des Abkommens von Washington im Spätsommer herbeizuführen, bleibt bestehen; andernfalls würde nach der Auffassung der Gewerkschaften im Herbst ein allgemeiner Volksentscheid über die Arbeitszeitfrage im Zusammenhang mit der Ratifikation des Abkommens von Washington stattfinden müssen.

Politische Notizen.

Berlin, 21. Juli. (Radio.) Das Reichsjustizministerium ist vom Reichskanzler beauftragt worden, ein Gutachten darüber auszuarbeiten, ob das Eisenbahngesetz mit ¼ Mehrheit verabschiedet werden muß. In Regierungskreisen geht die Auffassung dahin, daß man sämtliche drei Gesetze nach der Einzelberatung in ein Rahmengesetz zusammenfassen und mit ¼ Mehrheit verabschieden soll. Gegen diese Auffassung werden jedoch Bedenken politischer und juristischer Art geltend gemacht, jedoch anzunehmen ist, daß die Verabschiedung des Eisenbahngesetzes mit ¼ Mehrheit geschehen dürfte, während zur Erledigung des in Aussicht genommenen Rahmengesetzes eine einfache Mehrheit genügen dürfte.

Berlin, 19. Juli. Die von einigen Berliner Blättern gebrachte Nachricht über die bevorstehende Erhöhung der Berliner Preisliste scheint sich nicht zu bewahrheiten. Die Vertreter der Bäckermeisterorganisation sind wichtiglich am Donnerstag bei den Kommunalbehörden der Preisprüfungsstellen vorstellig geworden und haben darauf hingewiesen, daß bei einem weiteren Steigen der Preisliste es ihnen unmöglich wäre, Brot zu dem bisherigen Preise herzustellen. Irgendwelche Beschlüsse wurden in dieser Besprechung nicht gefaßt.

Brüssel, 21. Juli. (Radio.) Nach einem belgischen Prozeß, der mehrere Wochen gedauert hat, ist der belgische Großindustrielle Baron Coppé, dem die Anklage zur Last lag, während des Krieges mit Deutschen Geschäfte gemacht zu haben, freigesprochen worden.

London, 19. Juli. Nach einer Meldung des Reuters-Bureaus aus Teheran (Persien) ist der amerikanische Konsul vom Straßenpöbel getötet worden.

Wie Reuters weiter aus Teheran meldet, wurde der amerikanische Konsul getötet, als er und sein Sekretär einen öffentlichen Brunnen photographierten. Der Sekretär, ein Polizeioffizier und sechs Polizeibeamte wurden verwundet.

Athen, 21. Juli. (Radio.) Die griechische Regierung ist bei einer Abstimmung über die allgemeine Politik mit 131 gegen 158 Stimmen bei insgesamt 309 Abgeordneten in der Minderheit geblieben. Sie hat infolgedessen ihren Rücktritt erklärt.

Faschistische Regierungsmethoden.

Von unserem römischen Korrespondenten.)

Vor kaum drei Wochen hat Mussolini dem Senat verprochen, alles zu tun, um das Land wieder normalen Rechtsverhältnissen zuzuführen. Dieses Versprechen allein hätte nach seiner Ansicht der Opposition genügen müssen, um ihre Ablehnung der parlamentarischen Mitarbeit aufzugeben. Die vereinigte Opposition, der alle nicht faschistischen Parteien Italiens angehören, war aber der Ansicht, daß man zunächst Taten sehen müsse, ehe man sich zu einer Mitarbeit versteht, die zum mindesten einen gleichen Rechtsboden voraussetzt. Bei dem heutigen Rechtszustand in Italien ist der Parlamentarismus etwas Anachronistisches. Solange die Rechtsverhältnisse nicht derart sind, daß sie den Gegnern der Regierung die Ausübung des Parlamentsmandates gewährleisten, ohne daß sie ihr Leben dafür aufs Spiel setzen müssen, bleibt von der Volksvertretung nichts als die äußere Schale. In Erkenntnis dieser Tatsache hat Mussolini die Kammer bis November nach Hause geschickt. Welche Funktion kann auch ein Parlament haben, dessen Mehrheit mit Gewaltmethoden gewählt wurde, während die Minderheit ihres Lebens innerhalb und außerhalb der Kammer nicht sicher ist, sobald sie die Regierung kritisiert? Das war der erste Schritt zur Normalisierung, dann kam die Ernennung von drei neuen Ministern und 14 Unterstaatssekretären und folgte als Krönung des Normalisierungsplanes des Ministerpräsidenten: die Aufhebung der Pressefreiheit.

Der Knebelungsentwurf ist vor genau einem Jahre ausgeheftet worden, aber damals wagte man nicht, ihn anzuwenden. In einer der letzten Kammeritzungen hat sich Mussolini noch gerühmt, ohne Beschränkung der Pressefreiheit auskommen zu sein. Das jetzt in Kraft getretene Dekret, das auf dem Verordnungswege ein durch die Staatsverwaltung sanktioniertes Recht aufhebt, soll formell nichts anderes enthalten als die Ausführensbestimmungen zum Pressegesetz vom Jahre 1848. Offenbar hat man in den 76 Jahren, die seitdem ins Land gegangen sind, keine großen Fortschritte über den Begriff von Würde und Freiheit der Presse gemacht. Das neue Dekret, umgeben die richterliche Gewalt, der die Garantie aller Bürgerrechte normaler Weise anvertraut sein sollte, vollständig. Er gibt dem Präfekten, dem Vertreter des Ministeriums des Innern in den Provinzen, also dem Vertreter der Exekutivgewalt, das Recht, einer Zeitung der Anerkennung ihres verantwortlichen Redaktors zu verweigern und ihr dadurch das weitere Erscheinen unmöglich zu machen. Der Präfekt kann zu dieser Maßnahme schreiben, wenn eine periodische Veröffentlichung „durch falsche oder tendenziöse Nachrichten der diplomatischen Aktion der Regierung im Ausland Schwierigkeiten bereitet, das nationale Ansehen im Inland bezug. Ausland schädigt, unbedingte Besorgnis in der Bevölkerung hervorruft oder in irgend einer Weise die öffentliche Ordnung stört“. Weiter droht das Erscheinungsverbot dem Blatte, das „durch Artikel, Kommentare, Notizen, Titel, Illustrationen oder Karikaturen aufrüstet zum Begehren von Verbrechen oder zum Klassenhass, oder zur Nichtbefolgung der Gesetze und der behördlichen Verordnungen, oder die Interessen fremder Staaten, Gesellschaften oder Privatpersonen zum Schaden italienischer Interessen begünstigt oder das Vaterland, den König, die königliche Familie, den Papst, die Staatsreligion, die staatlichen Institutionen und Behörden beleidigt und herabsetzt“. Der Präfekt hört nur die beratende Stimme einer Kommission, die aus einem Richter, einem Staatsanwalt und einem Vertreter des lokalen Presseverbandes zusammengesetzt ist, und schreitet dann gegen das schuldige Blatt ein, indem er es verwarnt. Bei zweimaliger Verwarnung in einem Jahre kann der Präfekt dem verantwortlichen Redakteur des Blattes die weitere Ausübung seiner Funktion verbieten und es abnehmen, einen neuen anzuerkennen. Da keine Zeitung ohne verantwortlichen Redakteur erscheinen kann, ist somit die Zeitung abgetan. Es klingt wie ein schlechter Witz, daß man gegen die Maßnahme des Präfekten an... das Ministerium des Innern appellieren kann. Die Berufung an den Staatsrat kommt nur im Falle der Kompetenzüberschreitung und formeller Fehler in Betracht.

Die Frage ist nun, ob das neue Gesetz gehandhabt werden wird als eine neue Waffe, die die faschistische Regierung gegen das Land, gegen die Mehrheit braucht, oder als eine Waffe Mussolinis gegen seine eigene Partei. Wenn man in dem heutigen Italien die Gesetze macht, um sie ohne Ansehen der Person anzuwenden, so wäre die Antwort nicht einen Augenblick zweifelhaft. Kein einziges faschistisches Blatt könnte auch nur eine Woche lang erscheinen, wenn man das Gesetz auf es anwendete. Sie stöhnen Tag für Tag von Aufreizungen zum Verbrechen. Ein faschistisches Organ der Provinz Lecce „Il Nuovo Salento“ schrieb z. B. erst in diesen Tagen, daß die Anwesenheit Matteottis in der Kammer schon eine Provokation war. Man hätte gut getan, ihn während des Krieges zu erschießen, weil er ein Gegner des Krieges war. Jeder politische Artikel der faschistischen Presse klingt übrigens aus in die ewige Erpressung: wir haben Waffen, wir haben 300000 Schwarzhemden, die wir auf das Land loslassen, sobald es sich nicht duckt.

Vieles spricht dafür, daß die Regierung es darauf anlegt, die Opposition zum Verbrechen zu treiben. Als eine Vorbereitung zu diesem Verbrechen sind vielleicht die Waffenbesitzungen zu deuten, die in diesen Tagen, dem römischen „Mondo“ zufolge, an Faschisten befördert wurden, die außerhalb der Miliz stehen. In Zusammenhang mit diesen Vorbereitungen dürfte auch die Anlieferung von 25 000 Patronen stehen, die das Militärdepartement von Parma an die faschistische Miliz machen mußte. Jedenfalls hat es den Anschein, als wolle die Faschisten das Land veranlagigen, indem man glauben macht, die Regierung sei der faschistischen Miliz gegenüber wehrlos. Wir möchten aber sehen, zu welchen Galapläusern sich die Jünglinge der faschistischen Miliz entwickeln, wenn sie es mit den Arabinieri oder mit dem Heere zu tun bekommen. Das ist doch etwas anderes als der Bürgerkrieg, wie sie ihn kennen, gegen Leute, die man vorher von der Polizei hat durchsuchen und entwaffnen lassen, oder die heldenhaften Ueberfälle, bei denen ein halbes Duzend Bewaffnete sich auf einen Einzelnen stürzt.

Wenn Mussolini diese Leute seinen Händen entgleiten läßt und sich angegriffen sieht, die Heerei seiner eigenen Weisse zu ügeln, so wäre von seinem durch keine Grundzüge angeführten Standpunkt das heutige Knebelgesetz zu verstehen. Er gäbe dem Lande vorläufig eine äußerliche Ruhe. Soweit wir aber bis jetzt Mussolini kennen, ist ihm das Gesetz nur eine Waffe seines Parteiinteresses, wie ihm die Partei nur Werkzeug seines persönlichen Interesses ist. Deshalb nehmen wir an, daß das Verbot der Gründung der Oppositionspresse, die auch als finanzielles Konkurrenzunternehmen der faschistischen Zeitungsindustrie läßt ist, dienen soll. Der fernliegende, aber immerhin bald zu verwirklichte zweite Zweck wäre dann der, durch Schließen der Ventile den Kessel zum Platzen zu bringen. Es ist undenkbar, daß Mussolini von einer partiellen Anwendung des Pressegesetzes eine Entspannung der Situation erwartet. Er treibt also heute eine Politik, die bewußt auf eine Erhöhung der Spannung hindeutet.

Daß er das aus Liebe zum Bürgerkrieg tut, glauben wir nicht. Es dürfte z. B. schwer sein, in Mussolinis Leben eine einzige Handlung zu finden, in der sich etwas wie Hingabe an eine Sache, eine Idee oder auch nur eine Leidenschaft äußerte. Wenn er heute eine Strafe einschlägt, die in den Bürgerkrieg ausmünden kann, so kann ihm dabei nur der Gedanke leiten, dadurch seine Macht zu festigen. Damit ihm aber der Bürgerkrieg diesen Dienst leistet, muß ihm ein Partner zu spielen, daß der Trumpf des Heeres in seiner Hand bleibt. Uns will scheinen, als spiele sich heute hinter den Kulissen der italienischen Politik der Versuch ab, diesen Partner anzuknüpfen. Man hofft z. B. noch auf einen kommunistischen Vorstoß, der bis jetzt nur und ausschließlich im Kopfe der Behörden existiert. Käme es heute tatsächlich auch nur zu dem unbedeutendsten kommunistischen Aufstand in dem kleinsten Orte, so hat die Regierung gewonnenes Spiel. Dann rafft sie noch einmal die Koalition zusammen, die alle bürgerliche Interessen um ihre Fahnen schart aus Angst vor einem Sowjetexperiment in Italien.

Volkswirtschaft

Zoll- und Handelspolitik.

Wie in den meisten Zollgesetzgebungen anderer Länder finden sich auch im deutschen Zolltarif eine Reihe von Positionen, deren Zweck nicht der fälligkeit sogenannte „Schutz der nationalen Arbeit“ ist, sondern vielmehr die Erschließung von Einnahmequellen für den Staat. Zölle, die auf Waren erhoben werden, wie sie in Deutschland nicht hergestellt werden können, sind in der Regel solche Zölle ohne eigentlichen schutzpolizeiarischen Charakter. Derartige Zölle werden selbst von dem freihändlerischen England erhoben und liefern dort Einnahmen an den Staat, die hinter denen des viel schärferen Zolltarifs in Deutschland nicht wesentlich zurückbleiben, ja, sie zeitweilig sogar übersteigen. Finanzzölle können sogar zur unabwendbaren Notwendigkeit werden und zwar dann, wenn eine Ware, die ebensogut vom Ausland eingeführt werden kann, im Inland selbst erzeugt und hier mit besonderen Verbrauchssteuern belastet wird. Diese Form des Finanzzolls nennt man den Ausgleichszoll; er ist ebenso wie alle anderen Finanzzölle auch in Staaten üblich, die bis zum Kriege grundsätzlich einen besonderen Schutz ihrer eigenen Produktion vor der fremden Konkurrenz ablehnten.

Dieser Schutz vor der fremden Konkurrenz ist der Sinn der Schutzzölle, die im alten Deutschland eine erhebliche Rolle spielten und jetzt wieder aufleben sollen. Die Regierungskassen haben aber bis heute darauf verzichtet, eine neue Gesamtvorlage des Zolltarifs auszuarbeiten und diese gleichzeitig mit den Agrarzöllen dem Reichstag vorzulegen. Ansehend will man von einer gleichzeitigen endgültigen Regelung vorläufig absehen und sich mit Hilfe von Ermächtigungen auf dem Wege der vereinfachten Gesetzgebung die endgültige Festsetzung der Industriezölle vorbehalten. Zunächst würde damit der

Zolltarif von 1902 in Kraft treten. Dabei ist aber im Auge zu behalten, daß der Tarif von 1902 kein harter, sogenannter autonomer Zolltarif war, der für alle Staaten gleichmäßig galt, sondern daß er jederzeit durch Handelsverträge, die eine erhebliche Herabsetzung der Zölle für eine große Zahl von Waren vorsah, durchlöcheri wurde. Die Handelsverträge sind inzwischen z. T. aufgehoben. Würde jetzt der Zolltarif von 1902 in Kraft treten, so würde er für die nächste Zeit auf allen Gebieten nur die autonomen Zölle des sogenannten Generaltarifs allgemein festlegen, die ermöglichten Vertragspositionen jedoch, die für die Einfuhr vor dem Kriege von außerordentlicher Bedeutung waren, bleiben dann ohne Geltung, was praktisch eine gewaltige Zoll-Erhöhung und damit eine Verteuerung der meisten Industrieerzeugnisse eintreten würde.

Durch ihr Vorgehen hat die Regierung selbst die Reformbedürftigkeit des allgemeinen Zolltarifs anerkannt. Die Art der Behandlung der Zollfrage erweckt überhaupt den Anschein, daß man mit einem gewissen Vorbedacht den ganzen Schlammer der Zollstreitigkeiten aufgewühlt hat, damit dann die Interessentengruppen um so besser im Trüben fischen können. Gegen diese Schutzpolizisten anzukämpfen, hat aber die Arbeiterheit ein starkes Interesse. Auch die Finanzzölle, die in der Praxis oft schutzpolizistische Nebenwirkungen haben, werden auf das sorgfältigste zu überprüfen sein, denn eine Bekämpfung des Bedarfs der breiten Massen muß soweit als möglich verhindert werden. Wo jedoch die Finanzzölle ausgesprochene Luxuswaren treffen, wird man Finanzzöllen ruhig zustimmen können. Auch sind solche Zölle denkbar, die nur aufgestellt sind, um beim Abschluß von Handelsverträgen mit anderen Staaten rüdgängig gemacht zu werden. Sie müssen aber nachweislich den Zweck verfolgen, in die vielfach mit besonderer Schärfe gegen Deutschland gerichtete Schutzpolitik anderer Staaten eine Bresche zu legen und in dem Freihandelsgebiete eine Bahn zu brechen.

Wie man sieht, ist die Behandlung der Zollfrage keineswegs einfach. Es wäre ein Fehler, wenn wir in unserem berechtigten Kampf gegen das wirtschaftlich-reaktionäre Schutzpolizisten Schlangengraben aufkommen lassen würden, die ungeschicklich und daher trügerisch sind. Inmitten des Gewirrs von Streitfragen, die sich dabei ergeben, wird die Sozialdemokratie ihre hervorragende Aufgabe darin sehen, jede unnütze Belastung der breiten Massen zu vermeiden und durch eine vernünftige Freihandelspolitik den Grund für die Nationalisierung der Wirtschaft zu legen.

Beginnende Zinsermäßigung.

Die Berliner Stempelvereinigung nahm, nachdem sie die Habenzinsen für täglich lösbare Einlagen bereits von 8 auf 6 v. H. reduziert hat, eine weitere Herabsetzung der Zinsen vor. Für Termingeld (14-30tägige Kündigung) werden in Zukunft nur 12 statt 15 Proz. gezahlt. Die Debitsinsen wurden auf 12 Proz. herabgesetzt.

Die Bricketts werden billiger.

Das ostpreussische Braunkohlenindikat hat die Verkaufspreise des Reichslohntariffs um 10 Proz. ermäßigt. Dadurch reduziert sich der Brickettpreis ab ostpreussischer Grube auf 11,60 je Tonne. Für die Küstengrube (Hamburg) wo die deutsche Kohle auf englische Konkurrenz stößt, wurde der Preis auf 9,60 M. festgesetzt.

Der russische Getreideexport.

Der russische Getreideexport gestaltete sich im ersten Halbjahre 1924 wie folgt: Nach Holland gingen 170 000 To., nach Deutschland 435 000, nach Belgien 83 000, nach Dänemark 46 000, nach Frankreich 33 000 und nach Italien 20 000 To. Im Ganzen wurden 1 090 000 To. ausgeführt, wovon auf Deutschland rund 40,1 Proz. entfallen. Nach Holland ist alle Deutschland der beste Abnehmer gewesen.

Das Echo der deutschen Schutzpolitik.

Amsterdam, 18. Juli.

Die Schutzpolitik der Reichsregierung beginnt bereits ihre Früchte zu tragen. Am Freitag besahe sich die erste Kammer des holländischen Parlaments mit dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf über die Einfuhrbeschränkungen für Schuhwaren. Nach heftiger Debatte wurde der Entwurf, der auf Schuhwaren einen hohen Zoll legte, mit 22 gegen 12 Stimmen verabschiedet. Als ein liberaler Abgeordneter darauf verwies, daß Deutschland in den letzten 6 Monaten für viele Millionen Markt landwirtschaftliche Produkte aus Holland gekauft hat, man jetzt aber durch diese Zollpolitik Deutschland die Tür zuwerfe, erwiderte der Arbeitsminister in einem Zwischenruf, daß Deutschland den Niederlanden gegenüber nicht anders handle. Diese Äußerung kann sich nur auf die Schutzpolizisten beziehen.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solm ist.
Für Freistaat Lübeck und Jülich: Hermann Bauer.
Für Inzerate: Carl Quickhardt.
Verleger: Carl Quickhardt. Druck: Friedrich Wener & Co. Sämtlich in Lübeck.

Als Zwischenbestward nach Südamerika

Erzählung von Heinrich Neuenhagen.

43. Fortsetzung.

„Ja, Dider, ich wollte nichts sagen, aber es hat Dich eben böse mitgenommen. Hast Dich ganz verändert, aber dennoch sieht Dir noch heute jeder an, daß Du kein richtiggehender „Zwischenbestward“ warst. Du hast nun mal so was an Dir, den besseren Mann kannst Du selbst in der schäblichsten Kluft nicht verleugnen. Auch an Deinen, wenn auch jetzt geschundenen Händen sieht man heute noch, daß es keine Arbeitshände sind. Ich will Dich nicht ausfragen, warum Du mit uns gefahren bist, aber ich glaube sicher, daß Du jetzt weißt, wo Du hingehörst. Nun denke mal an mich. Verdient habe ich gerade so viel, daß ich einige Wochen davon leben kann. Mir wieder ein Schiff zu suchen und diese ganze Geschichte nochmals durchzumachen, dafür danke ich. Ich könnte ja die Anna aufsuchen, aber mit leeren Händen? Blicke mir nur noch mein Bruder, der Orgelbauer in Sachsen, von dem ich Dir ja schon erzählte, zu dem werde ich wohl hinfahren. Doch zu was sich heute schon Sorgen machen! Das Bier ist sehr gut hier und lang genug haben wir's auch entbehrt, also Prost, Dider!“

Dieser tat ihm Bescheid und fragte unvermittelt: „Ob man wohl in diesem Aufzug in die Stadt gehen kann? Ich würde sehr gern mal Zeitungen lesen, man weiß ja gar nicht, was in der Welt und vor allem am politischen Horizont vorgeht.“

„Hier in Hamburg brauchen wir uns gar nicht zu genieren, wir können ruhig in unserer Arbeitskluft in ein kleines Café gehen und da die Zeitung lesen, ich selbst bin auch gespannt, was jetzt eigentlich in Deutschland los ist.“

Bald saßen die beiden in einem Café hinter den Zeitungen. Staunend las der Dide, er raffte förmlich den Jubel. Kopf-schüttelnd qualmte er die Rauchwolken aus seiner Pfeife. „Reinhold, es gibt Krieg, sollst an mich denken, es dauert keine Woche mehr, dann geht's los.“ Damit warf er das letzte Zeitungsblatt auf den Tisch.

„Aber was beginnen wir mit dem heutigen Abend? Jetzt schon wieder an Bord gehen, wäre Unsinn, dazu hast Du wohl auch keine Lust. Etwas Geld haben wir noch, also gehen wir weiter.“

„Ganz meine Meinung, komm, wir schlängeln uns jetzt mal nach der Reeperbahn, hier unten ist ja nichts los. Wir haben dies ewige Strengegetue auch lange genug gehört. Gehen wir mal jetzt hin, wo Wasst ist.“

Sie zählten und machten sich auf den Weg, aber merkwürdigerweise, wo sie hineinkamen, überall trafen sie „Bahio“mann-

schaften, von denen einige schon ganz gehörig schief geladen hatten, aber alle strebten dem einen Ziel, der Reeperbahn zu.

„Wir essen erst im Haeckepeter Abendbrot, dann bekommt uns das Bier besser.“ rief Reinhold vorsichtig, aber auch dort saßen fast nur „Bahio“leute. „Man meint gerade, man wäre an Bord“, lachte der zweite Bootsmann, der auch das Lokal betrat, selbst der Dide ist hier. Na ja, gute Freunde treffen sich zu Wasser und zu Lande.“ Scherzreden fliegen hin und her, da ging die Tür auf und Emil, der zweite Koch, erschien im Eingang. „Das hatte ich mir doch gedacht!“ rief er hoch erregt. „Jungens, jetzt trinkt noch eine Runde, dann geht's zu Hein Vololen. Dem habe ich versprochen, daß wir heute noch kommen. Dider, Du gehst aber auch mit. Sieh drüben gib's nicht!“ Und damit umarmte er ihn lo kräftig, daß er sich weiteren Liebsfönger kaum entziehen konnte.

„Hast aber schon einen schweren gehoben, Emil.“ lachte der Dide, „also gut, laß mich los, ich gehe mit.“

Bei Hein Vololen ging's bereits lustig zu. Das Grammophon spielte das „Seemannslied“, als Emil, die Stiegen überfliegend, mitten in das Lokal sprang. Auch hier waren schon wieder Matrosen, Heizer, Trimmer und andere vom „Bahio“.

„Hierher, Bahio-Leute! Wir sitzen zusammen, jetzt verkaufen wir erst mal ein Pfund!“ Damit warf Emil ein Zwanzigmarkstück auf die Schancke, und der Wirt stellte dafür so viel Bier auf den runden Tisch, daß auch kein einziges Glas mehr Platz gefunden hätte.

„Nun trinkt, jung und verkauft Euren Nerger, heute gehen wir doch nicht mehr an Bord, Hein, bring' mir immer Bier, ich bezahle!“ Mit diesen Worten taumelte Emil zum Klavier und spielte ein Lied, in das alle begeistert einstimmten. Der Dide hatte sich in eine Ecke gedrückt, um möglichst ungestört seine Beobachtungen machen zu können. So war es nun, das leichtlebige Schiffsvolk. Raum festen Boden unter den Füßen, und alle guten Vorzüge, die sie auf der Reise gehabt hatten, zertröben in die Winde.

„Was meinst Du, Dider, wenn die Reederei den Leuten gleich nach Einlaufen des Schiffes auszahlt, dann wäre jetzt schon alles schwer betrunken, kein Mensch ginge mehr an Bord und täte was. Die liegen einfach das Schiff, wie es ist, stehen und gingen davon. Aber weil erst übermorgen abgehauert und der morgige Tag zur Arbeit angelegt wird, so müssen sie schon ihre Pflicht bis zu Ende tun, denn nichts tut weher, als kein lauer verdientes Geld zum Schlaf noch für Strafen an der Feuer sich abziehen lassen zu müssen. Morgen wird das Schiff „klar“ gemacht, übermorgen wird auf dem Seemannsamt abgehauert, gleichzeitig wieder angeheuert, und wenn Du noch eine Reise mit-

machen willst, so brauchst Du Dich nur zu melden.“ erklärte Reinhold.

„Danke herzlich“, erwiderte der Dide, „mir lang's!“ Die Wogen gingen hoch. Gläser wurden zum allgemeinen Gaudium zertrümmert, und eine in den Schifferkreisen wohlbekannte Harfenjule sang mit schnapsheilerer Stimme die neuesten Gassenhauer, abwechselnd mit ernteten Melodien.

Ein Heuerbaas suchte Leute für einen Kohlendampfer nach Afrika. „Leute“, rief er, „gute Heuer, leichte Arbeit, wer fährt mit? In fünf Tagen fährt die „Janibar“ nach Ostafrika. Wer Lust hat, kann sich bei mir melden.“

„Echt wollen wir uns für unser Geld hier in Hamburg amüsieren, dann ist's immer noch Zeit.“ so entschieden sich die meisten. Aber einige, die schon erklärt hatten, unter keinen Umständen eine weitere Reise auf dem „Bahio“ mitmachen zu wollen, lehnten sich zu dem neuen Arbeitgeber und erkundigten sich nach Einzelheiten.

So verging der Abend, die Mannschaften hatten gejoht, gejungen und gezecht. Sie wurden müde, denn der ungemehrte Alkohol tat seine Wirkung. Auch der Dide spürte, daß sein Kopf schwer wurde; er sagte zu Reinhold: „Ich glaube, ich kann gar nichts mehr vertragen. Morgen müssen wir nochmals schwer arbeiten, komm, laß uns an Bord gehen.“

Sie brachten fast alle zusammen auf. Der Heimweg war sehr vergnügt. Frühlich begrüßte die lustige Schar den heraufdämmernden Morgen. Zwei und zwei unterhielt, tanzend und singend schwankten sie dem Hafen zu. Emil, der lustigste unter ihnen, hatte sich unterwegs eine Dame engagiert, mit der er grazios die Polonaise eröffnete. Die Hüte veräußert, trug er deren grünen, wallenden Federhut auf seinem Kopf, und als die Gesellschaft auf das ankommende Fährboot warten mußte, tanzte er mit der Donna einen Tango, den sich manches Berufszüngerpaar hätte ansehen können. Es war heller Tag, als der kleine Dampfer am „Bahio“ anlegte. Emil hatte keinen grünen Federhut noch auf dem Kopf. „Den bringen wir dem Jonny mit“, lachte er und warf den Hut auf dessen leeres Bett. Jonny war auch ausgeflohen. Hundemüde warf sich der Dide in sein Bett und schlief bald ein.

„Ist denn hier jemand drinnen, dann mach doch mal auf! Was soll denn das heißen, ich einschließen?“ Da ist doch sicher was nicht in Ordnung?“ hörte der Dide im Halbschlaf. Anhaltendes Klopfen gegen die Tür weckte ihn vollends. Schmerzhob er seinen Kopf und sah hinüber in die anderen Kojen. kein Jonny, keine Spur vom „Langen Raaf“. Ein grüner Federhut — sonst war alles leer. Was war denn nur los? Er verpackte sich zu befinnen, aber kein Kopf schmerzte ihn derart, daß er gar nicht denken konnte. Regungslos lag er da. (Fortsetzung folgt.)

Reste

und Abschnitte

Hemdenfuche / Rohnessel (80-150 cm breit) / Hemdenflanelle
Handtuchstoffe / Bettzeuge / Linon (80-140 cm breit) / Streif-
satin / Inleffs (80-140 cm breit) / Leinen / Velour-Barchent
Blusenflanelle / Musseline / Perkal / Frotté / Zephir usw.

Reste

und Abschnitte

Wollstoffe / Schotten / Rockstoffe / Flauschstoffe
Blusenstoffe / Popeline / Gabardine / Hauskleider-
stoffe / Kostümstoffe / Voile / Eolienne / Waschseide
Kleiderseide / Samt usw.

Reste

und Abschnitte

Seidenbänder / Spitzen / Wäsche-Stickereien / Wäsche-
Besätze / Gummibänder / Gardinen / Möbelstoffe
Läuferstoffe / Linoleum / Wachsfuche usw.

zu unglaublich billigen Preisen

Wir haben sämtliche Reste und Abschnitte

auf Extra-Tischen übersichtlich ausgelegt!

Im Erdgeschoß:

Wollstoffe / Waschstoffe / Seidenstoffe / Baumwollwaren / Spitzen
Wäsche-Stickereien / Wäsche-Besätze / Seiden-Bänder

Im 3. Stock:

Gardinen / Möbelstoffe / Läuferstoffe / Linoleum / Wachsfuche usw.

Holstenhaus

Das Kaufhaus der Qualitätswaren und billigen Preise

Freistaat Lübeck.

Montag, 21. Juli.

Der deutsche Bürger.

Es ist Sonntagmorgen. In einem behäbigen, gutbürgerlichen Café sitzen rauchende Männer, feiertätig herausstarrte Frauen. Langsam tickt die Zeit.

Mäßig hebt an einem Tische ein Getuschel an: „Sie, Herr Meyer! Drehen Sie sich einmal um. Aber nicht gleich, daß ers nicht merkt. Hinter uns, der da sitzt, das ist der...“ Der Sprecher rückt noch näher an das Ohr des Herrn Meyer und flüstert einen Namen. Meyer dreht trotz aller Verwarungen den Kopf rudweise nach rückwärts. „Was Sie nicht sagen!“ „Ja, freilich, ist ers. Ich kenne ihn doch von den Bildern her.“

„Wer, wer ist das?“ fragte Frau Meyer. Der Name liegt von Mund zu Mund.

Alle kennen ihn, den großen sozialistischen Führer. Jetzt spricht der Sozialist etwas zu seiner Frau. Sie lächelt. Am Meyer-Tisch ist Stille eingetreten. Eine einzige riesengroße Frage lagert über ihm: Was hat er wohl gesagt? Die Hirne kombinieren. Etwas über die Regierung? Oder nur etwas über das Stückchen Kuchen auf dem Teller?

Nach kurzem ruft er den Ober. Bestellt eine Eischokolade. Am Tische gucken sie sich an. „Ein Eischokolade...“ flüstert Fräulein Günther. Meyer nickt. Ein bitteres, galliges Nicken. Sein Geschäftsfreund Schruppfer lächelt satanisch: „Die Eischokolade schmeckt ihm! Jawoll! Die Eischokolade gehört wohl etwa nicht mit zu unserer bürgerlichen Weltordnung?“

Ein Zigarrenverkäufer geht jetzt am Nebentisch entlang. Bietet seine Waren an: Zigarren, Zigaretten gefällig? Der Tisch spannt. Wird er? Wird er nicht? Schruppfer legt sich schon zurecht: Wenn er nicht kauft, der Sozialist, dann wird er, der Schruppfer, sagen: „Ich denke, er hält so auf die armen Leute? Aber abkaufen tut er nichts! Seine Wege könnte der Bog verhungern.“ Aber nein, nein: der Sozialist kauft. Zwei Zigarren. Auch für diesen Fall ist Schruppfer gewappnet.

„Scheint sich's leisten zu können“, flüstert er heraus. „Der kriegt auch jeden Monat 1000 Mark Gehalt“, juchelt Herr Meyer und scheint es ganz genau zu wissen. „1000 Mark?“ fragt Fräulein Günther und ist platt. „Na, und wenn's auch nur 500 wären“, flüstert die Meyerin Nahe, denn wieder gibts eine neue Sensation. Der Sozialist lacht vergänglich nach Feuer. Er hat keine Streichhölzer vergessen. Herr Schruppfer bemerkt es. Und plötzlich faßt er einen titanenhaften Entschluß. Er steht von seinem Stuhle auf, geht an den Nebentisch und hält dem Sozialisten seine brennende Zigarre hin. Dazu notiert er, während sein Herz im Fieberfusse schlägt ein „Bitte schön“ heraus. Der Sozialist bedient sich. Herr Schruppfer tappt daraufhin auf seinen Platz zurück. Mit geröteten Wangen. Sein Tisch ist aus dem Häuschen. „Was hat er denn gesagt?“ prasseln die Fragen auf ihn nieder. Schruppfer tut sehr gleichgültig. Aber er fühlt sich als Held des Tages.

Und wenn immer von nun an das Gespräch irgendwo auf Politik springt, wird Herr Schruppfer erwähnen, daß er dem Sozialistenführer einmal Feuer gegeben hat. Wie ein Löwe wird Herr Schruppfer auf der Laue liegen und den Antirümpfungsplan zu finden wissen. Gewiß, gewiß: Jener ist ein Volksverführer und sonst etwas. Aber immerhin: Herr Schruppfer hat ihm Feuer gegeben, und er hat es angenommen. Sein ganzer Tisch ist Zeuge gewesen. Der alte Meyer, die Meyerin, die kleine Günther, seine eigene Frau. Trotz allem und allem: Schruppfer hat das dumpe Gefühl, daß er eine interessante Persönlichkeit seit diesem denkwürdigen Augenblicke ist.

Es ist bald wie damals, als König Friedrich August von Sachsen selber...
Aber reden wir nicht davon. Schruppfer kann weinen wie ein kleines Kind, wenn er daran erinnert wird. Hans Bauer.

Auf der Reise um die Welt.

Wir bekamen heute früh Besuch zweier Holländer, die auf dem Wege sind, eine Reise um die Welt zu machen und bereits 12 000 Kilometer zurückgelegt haben. Die frisch aussehenden Wanderer im Alter von 24 und 25 Jahren haben bereits Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Korsika, Italien, Schweiz, Dänemark, Österreich und Deutschland bereist und haben auf der noch gefährlicheren Reiseroute — es handelt sich um eine Wette, die in 9 Jahren auszutragen ist — 73 000 Kilometer nach 35 000 Gulden betragt die Wette. Die Reise wurde festgelegt und die näheren Bestimmungen. Auf dem Lande dürfen sie nur wandern; sie müssen sich an den einzelnen Orten von den Behörden ihre Anwesenheit bescheinigen lassen und sie haben heute schon ein stattliches Buch mit 1800 Siegeln und Stempeln der Polizei. Sie dürfen nur von dem Verkauf von Postkarten mit ihren Photographien leben und sind verpflichtet, von ihren Abenteuern und Erlebnissen kurze Berichte nach Holland zu geben. Ohne Geld müßten sie aus Holland abmarschieren. Ihre besten Hilfsmittel sind ihre Sprachkenntnisse. Von Lübeck aus geht es über Hamburg nach Danemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Polen, Rußland, Sibirien, China, Japan, Kambodscha, Mexiko, Brasilien, Kanada, Amerika, Liberia, Uruguay, Tunis, Marokko, Ägypten, Portugal, Spanien und England nach Holland zurück. Ende Juli 1923 sind sie aus Den Haag in Holland aufgebrochen, 1922 mußten sie wieder in Holland sein. Manche Leiden und viele Entbehrungen haben sie unterwegs bestanden. Namentlich auf dem kleinen armen Korsika, wo sie im verlassenen Winter bei fürchterlicher Kälte und hohem schier undurchdringlichem Schnee verweilten, wo ihnen niemand ihre Postkarten abkaufen wollte, daß sie schon am Weiterkommen zweifelten. Glückliche Reise!

Die Neuordnung der Milchversorgung.

Konzessionierung des Handels. — Gemeindevorrechte zur Wahrung von Verbraucherinteressen.
Der preussische Landwirtschaftsminister hat eine Erläuterung zu der Verordnung vom 6. Juni erlassen, wonach jede zwangsweise Erfassung und Regelung der Erzeugung und Verwertung von Milch und Milchzeugnissen bei der Landwirtschaft in Wegfall gekommen ist. Die Erläuterung ermächtigt Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern zur Konzessionierung des Handels mit Vollmilch, Magermilch und Sahne. Die Vergebung der Erlaubnis darf nur aus drei Gesichtspunkten erfolgen: 1. Fehlen persönlicher Sachkenntnis und Zuverlässigkeit, 2. bei ungeeigneten Räumlichkeiten und Einrichtungen, 3. bei mangelndem Nachweis einer gewissen Mindestmenge an Milch; dagegen darf die Bedürfnisfrage hierbei nicht in Betracht gezogen werden. Molkereien bedürfen der Erlaubnis, wenn sie in Gemeinden, die die Konzessionierung eingeführt haben, eigene Milchverkaufsstellen errichten wollen. Doch wird im Interesse der Gemeinden empfohlen, solche Molkereien, die die Milch unmittelbar an die Verbraucher abzugeben in der Lage sind, zu unterstützen. Wo Großstädte zur Regelung der Milchver-

Der Schnupfen des Herrn Ewers.

Oder: ein sehr unvorsichtiger Glossenreißer.

Dr. L. Lübeck, 21. Juli.

Auf unseren Artikel „Und Lübeck“ vom letzten Mittwoch antwortete gestern Herr Rechtsanwalt Ewers im „General-Anzeiger“.

„Gegenglossen“ nennt er seine Antwort. Selbst bei aller milder Nachsicht kann ich ihm nur ein Zeugnis ausstellen: Der Artikel ist unbedacht und ganz unvorsichtig niedergeschrieben.

Herr Ewers fängt so an: „In einer Nummer des „Lübecker Volksboten“ der vergangenen Woche hat sich, wie ich höre, Dr. Leber unter der Ueberschrift „Lübeck voran?“ und einem etwas gehässigen Unterzettel über unsere staatsrechtliche Politik ausgelassen. Da diese Auslassung im Gegensatz zu dem sonst von seiner Seite Gemohnten bei aller dialektischen Schärfe und trotz des scheinbar unvermeidlichen demagogischen Reiverks genügend Sachliches enthält, um darauf entgegen zu können, so soll ihr die Ehre einer kurzen Erwiderung zuteil werden.“

Also: Herr Ewers erweist mir die „Ehre“, auf meinen Artikel zu antworten. Aber die Ehre, diesen Artikel vorher zu lesen, die will er mir nicht antun. Er antwortet einfach! Er antwortet auf einen Artikel, den er gar nicht gelesen zu haben vorgibt. Und — ich glaube ihm tatsächlich, daß er meinen Artikel nicht gelesen hat. Kennt er doch nicht einmal die Ueberschrift!

Aber — Herr Ewers — wie kommen Sie dann dazu, von „dialektischer Schärfe“ und „demagogischem Reiverk“ zu fabulieren?

Sie besitzen scheinbar in sehr hohem Maß die Fähigkeit, Sachen zu beurteilen, die Sie höchstens so ein bißchen vom Hörensagen kennen. Erinnern Sie sich daran, daß Sie einst auch den Marxismus verdonnert und im nächsten Augenblicke zugeben mußten, nie etwas von Marx gelesen zu haben.

Aber es kommt noch besser. Herr Ewers schreibt weiter: „Jedermann ist sich mit Dr. Leber darüber einig, daß in den letzten fünf Jahren für Lübecks Aufstieg verzeihlich wenig geschehen ist. Dies lag ersichtlich an der Tatsache, daß Dr. Leber und seinesgleichen seit Februar 1919 die absolute Mehrheit in der Bürgererschaft hatten. Zu einem Staatswesen, dessen Mehrheit wirklichkeitsfremden Jdolen nachjagte und das in regelmäßigen Zeitabständen durch sozialistischen Straßenterror erschüttert wurde, konnte allerdings niemand Vertrauen haben.“

Zunächst muß ich Herrn Ewers mitteilen, daß ich niemals in einer Bürgererschaft mit sozialistischer Mehrheit saß. Da ich nämlich erst 1921 nach Lübeck gekommen bin. Sollte er das wirklich nicht wissen? Auch in anderen Dingen scheint Herr Ewers ein sehr schlechtes Gedächtnis zu haben. Wie hieß es doch beim Volksentscheid allgemein?

„Die alte, bewährte Sozialdemokratie, die so ausgezeichnet gearbeitet hat.“ „Seit Jahrzehnten ausgezeichnet bewährte Arbeiterführer haben im Dienst unseres Staates Vortreffliches geleistet und im Senat und Bürgerchaft in schönster Harmonie mit dem Bürgertum zusammen gearbeitet.“ Um, um!

Haben Sie das alles vergessen, Herr Ewers? So daß Sie tatsächlich den Mut aufbringen zu behaupten, diese Männer seien wirklichkeitsfremden Jdolen nachgejagt und trügen die Schuld daran, daß für Lübecks Aufstieg verzeihlich wenig geschaffen sei?

Ich will auf diesen Punkt nicht näher eingehen, da ich hoffe, daß einer unserer Arbeitersensoren Herrn Ewers die gebührende Antwort erteilen wird. Wenn im übrigen die sozialdemokratische Mehrheit 1919—21 einem Jdol nachjagte, so war dies der Glaube, man könne auf gutlichem Kompromißwege mit Lübecks bürgerlichen Parteien einen Blumentopf gewinnen. Aus dem Topf ist ein Rorb geworden!

Nun eine Frage an Herrn Ewers: Wo hat die sozialdemokratische Bürgerchaftsmehrheit verlagert? Wann und wo hat sie dem Senat die Gefolgschaft verlagert? Wo und wann hat der in

seiner Mehrheit bürgerliche Senat, für den die bürgerlichen Parteien so leidenschaftlich kämpfen? In irgend einer Frage die Führung übernommen, und wo und wann ist er von der Sozialdemokratie dabei behindert worden?

Und eine zweite Frage: Wenn in den letzten fünf Jahren so verzeihlich wenig für Lübeck geschehen ist, weshalb hat denn „Herr Bürgermeister Dr. Neumann, bei der hohen und gar nicht einseitigen Auffassung, die er für sein Amt hat“, nicht eingegriffen? Weshalb hat er denn nicht erklärt, unter solchen Umständen die Verantwortung für Lübecks Vorkommen nicht mehr tragen zu wollen? Hat jemand jemals von unserm Bürgermeister eine solche Erklärung gehört? Sie vielleicht, Herr Ewers?

Es gibt also nur zwei Möglichkeiten:
Entweder die Angriffe des Herrn Ewers auf Lübecks Regierung nach 1918 sind völlig unberechtigt!
Oder sie sind berechtigt; dann aber jausen sie dröhnend auf den Rücken des Senats nieder!

Und diesen Senat haben Herr Ewers und Lübecks Wirtschaftskreise so erbittert verteidigt und mit allen Lobhymnen besungen?

Sie sehen, Herr Ewers, Sie haben nicht nur meinen Artikel nicht gelesen, sondern Sie haben auch Ihren nicht überlegt. Und nun haben Sie ihre Blamage. Und nicht zum wenigsten wird diejenige Instanz, die Sie verteidigen wollten: Bürgermeister und Senat!

Herr Ewers vermag sich dagegen, jemals „Führer des Bürgertums“ gewesen zu sein. In seinem gekrümmten Artikel hat er bewiesen, daß er es auch niemals sein wird.

Gewiß, die anderen Leuchten in den bürgerlichen Parteien werden auch nicht besser sein. Aber sie werden wenigstens keine so törichten und blamablen Artikel schreiben.

Herr Ewers nennt die gegenwärtige bürgerliche Parlamentsunfähigkeit eine „Kinderkrankheit“, höchstens einem „leichten Schnupfen“ vergleichbar. O nein, es handelt sich um viel mehr: es handelt sich zunächst um eine totale Verküppelung, und niemand weiß, welchen Ausbruch sie einmal nehmen wird.

Noch ein Glossenreißer.

Gefäß oder Gefäß?

Dr. Bauer, der volksparteiliche Gelehrte und geistige Adjutant des Herrn Rechtsanwalts Ewers, macht in der letzten Nummer seiner Zeitschrift für Lübecks „Wirtschaft und Kultur“ anatomische Studien. Dabei bleibt völlig unklar, ob er sich mit einem Gefäß oder einem Gefäß beschäftigen will. Wir wollen so sagen: Er schreibt deimal Gefäß und meint dreimal Gefäß — sonst ist seine ganze Possenreiterei sinnlos.

Es handelt sich um einen Artikel, der von dem bürgerlichen Journalisten Offizier im „Tagebuch“ veröffentlicht wurde. Darin werden Hilferding und Loebe als Kopf und Hand, Wels und Crispian aber als die beiden Halbkugeln des Gefäßes der sozialdemokratischen Parteiführer bezeichnet. Herr Bauer hat nun offenbar die Ironie nicht begriffen und jubelt von zwei „Halbkugeln des Gefäßes“, die die Sozialdemokratie repräsentieren sollen. Oder wendet er das j nur als Feigenblatt für das j an? Das wäre allerdings seiner Mädchenpensionatslyrik durchaus angemessen.

Im übrigen sieht Herr Bauer im Glashaute. Ueber die Körperteile und die Sitzgelegenheit der sozialdemokratischen Partei sollte Herr Bauer lieber keine Worte machen. Ist doch keine eigene Partei nur eine einzige große Sitzgelegenheit! Und außerdem käme Herr Bauer selbst sehr schlecht dabei weg, wenn man ihm angefsichts seiner bisherigen geistigen Exzesse die Rolle eines menschlichen Körpertheiles zuweisen wollte.

teilung besondere Einrichtungen — sogenannte Milchhöfe — geschaffen haben, soll man diesen Gemeinden die Möglichkeit geben, die zur Aufrechterhaltung dieser Milchhöfe und Einrichtungen erforderlichen Maßnahmen und Anordnungen zu treffen.

Eine Monopolstellung der Milchhöfe kann nicht auf die bestehende Dauer in der Verordnungsregelung gesichert, die Zustimmung zu Maßnahmen dieser Art kann nur noch längstens auf die Dauer eines Jahres erteilt werden. Die betreffenden Gemeinden werden sich also entschließen müssen, entweder gemischtwirtschaftliche Unternehmungen einzurichten oder sich auf die Konzessionierung des Milchhandels zu beschränken.

In den Ausführungsbestimmungen der neuen Milchverordnung wird u. a. noch angeordnet, daß Gemeinden, für die das Bedürfnis nach einer Verteilungsregelung anerkannt ist, insbesondere anordnen können, daß a) Milch nur an bestimmte milchbedürftige Gruppen der Bevölkerung (Milchverforgungsberechtigte) und nur in bestimmten Mengen abgegeben werden darf und daß die Abgabe nur gegen Karten oder Bezugsscheine oder auf Grund einer Kundenliste erfolgen darf, b) die gesamte eingeführte, der Verteilungsregelung unterliegende Milch bestimmten Erfassungsbereichen und Verteilungsstellen zugeführt und hier einer geeigneten Bearbeitung unterworfen sind.

Abfindung von Versorgungsanwärtern.

2000 Mark Entschädigung.

1. Versorgungsanwärter im Sinne des § 1 der Anstellungsgrundsätze, die auf Grund der Personalabbauverordnung (V. A. V.) ohne Gewährung von Wartegeld oder Ruhegehalt entlassen werden, können auf Antrag, gegen Rückgabe des Versorgungsscheines eine einmalige Entschädigung erhalten. Diese beträgt 2000 Mk. Die Entschädigung ist eine Kannbewilligung; d. h. der Rechtsweg im Spruchverfahren ist ausgeschlossen. Mit der Annahme der Entschädigung erlischt die Anwartschaft auf Anstellung. Als Versorgungsanwärter im Sinne des § 1 der Anstellungsgrundsätze sind anzusehen, die Inhaber

- a) des Zivilverorgungsscheines gem. §§ 15, 16 Mannschafstverf.-Gesetz vom 31. 5. 06 und § 30 Wehrmachtsverf.-Ges.
- b) Ziv.-Anwärter des Zivilverorgungsscheines gem. § 1 Abs. 4, 5, 7 und 8 der Anstellungsgrundsätze vom 20. 6. 07.
- c) Mil.-Anwärter des Zivildienstscheines gem. §§ 10, 61 des Wehrmachtsverorgungsgesetzes (W. V. G.).

d) des Beamten Scheines gem. § 33 des Reichsverorgungsgesetzes vom 12. 5. 20 in der Fassung vom 30. 6. 23.

2. Die Entschädigung können auch Versorgungsanwärter im Sinne des § 1 der Anstellungsgrundsätze erhalten, die bei Inkraft der V. A. V. (31. 10. 23) bei Behörden vorgemerkt sind.

3. Die Entschädigung kann ferner gewährt werden:

- a) Versorgungsanwärtern, die bei den Behörden noch nicht vorgemerkt waren, die aber den Zivildienstleistungen gem. § 10 W. V. G. erit nach dem 31. 3. 23 erhalten haben.
- b) Soldaten der Wehrmacht, die mit Anspruch auf Zivildienstscheine gem. § 10 W. V. G. bis zum 31. 3. 23 entlassen werden.

Der Antrag muß spätestens bis zum 31. 8. 24 oder innerhalb 3 Monaten nach der auf Grund der V. A. V. erfolgten Entlassung aus dem Dienst, im Falle zu 2b. spätestens 3 Monate nach der Entlassung bei dem Versorgungsamt gestellt werden, in dessen Bereich der Anwärter wohnt. Dem Antrag sind der Versorgungsschein, die etwaigen Vorbemerkungsbemerkungen sowie im Falle des Abs. 1 eine Bescheinigung der Behörde über die erfolgte Entlassung beizufügen.

Der Kampf um ein soziales Wohnhaus.

Entschließung der norddeutschen Mietervereine.

Die deutsche Wählerchaft hatte es am 4. Mai in der Hand, sich vor weiterer Entrechtung und ungemessenen Belastungen zu schützen; es galt, durch eine gewaltige Vertiefung der Sozialdemokratie die immer dreister auftretenden reaktionären Parteien zur Einflußlosigkeit zu verurteilen. Politische Unvernunft hat aber leider den Sieg davongetragen. Mit dem Erstarken der Rechtsparteien hat auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens die Reaktion eingeleitet. Die etwas anders erwarteten, sehen sich in ihren Hoffnungen schmachlich betrogen. Hohe Lebenshaltungskosten und niedrige Löhne und Gehälter kennzeichnen heute die Lage des größten Teils der deutschen Bevölkerung. Diese Verelendung wird eine weitere ungeheure Vertiefung erfahren, wenn auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft die Pläne der Rechtsparteien zur Ausführung gelangen. Eine Entschließung, die von den Vertretern der Norddeutschen Mietervereine auf einer Tagung in Kiel einstimmig beschlossen wurde, macht auf die großen Ge-

föhren aufmerksam, die der deutschen Arbeiterklasse drohen. Die Entschließung besagt:

Die Vertreter der Norddeutschen Mietervereine protestieren entrüstet gegen den ungewöhnlichen Vorstoß der Deutschnationalen Volkspartei auf den gewerblichen Mittelstand, der Wohnung und Gewerkerwerb mieten muß — und gegen den gleichwertigen Antrag der Deutschen Volkspartei auf Aufhebung der gesetzlichen Mietpreisregelung. Die Mietervertreter fordern alle wirklichen Volksvertreter auf,

1. die heutigen Mieterbeschwerden zu verteidigen und aus ihnen ein deutsches Wohnungsrecht zu entwickeln, das schon die Vorjahre gefordert haben, für das uns Kinder und Kinderkinder dankbar werden;
2. für Wohnungsneubau Mittel aus Steuern auf Riesenvermögen, über große Einkommen, auf Luxus und Schlemerei berechnen, die Hauszinssteuer, die auch die Kleinrenten und unser schwer zingendes Arbeitermertum aller Berufe drückt, abzubauen, die bisherigen Hauszinssteuerbeiträge aber dem Wohnungswesen allein zuzuführen;
3. den städtischen Mietschausbestellern, dem alle Schmeichelei verbietet, nicht fernehin ungerade zu Lasten der enteigneten Sparrentner, Arbeitermertum aller Art zu beschneiden, eine Bevorzugung der Mietschäufelbesitzer, die diese keinesfalls verdient haben.

Aus dem Gefängnis entfliehen. In verflorener Nacht ist der wegen Fahrraddiebstahls usw. in Untersuchungshaft befindliche gewesene angeleglicher Arbeiter Adolf Schulz, geboren am 8. November 1901 zu Königsberg i. Pr. aus seiner Zelle im hiesigen Marien-Gefängnis ausgebrochen und ist durch die Flucht entkommen. Der Entprungene trug bei seiner Flucht Anstaltskleidung.

Eine Medaille zum 3. August. Zur Feier für die Kriegsveteranen des deutschen Volkes, die am 3. August aus Anlaß der 10-jährigen Wiederkehr des Eintritts Deutschlands in den Weltkrieg begangen werden soll, ist im Auftrage der Reichsregierung eine Erinnerungsmedaille ausgeführt worden. Ihr Entwurf stammt von dem Berliner Bildhauer Eberhard Ende, die Ausführung in Bronze hat die Bildgießerei Gladenbeck A.-G. übernommen. Die Medaille drückt den Gedanken aus, daß der Opfermut Kräfte des Lebens in sich trägt. Dargestellt ist ein aufstrebender Körper, der sich über einem tot nach unten sinkenden zwischen Strahlen erhebt. Die Rückseite trägt auf einem dreieckigen Schild die Inschrift: „Dem lebendigen Geist unserer Toten 1914/18.“

Wb. Stadthallen-Vorstellung. Unter dem Titel „Der Gefangene auf Castle Island“, dem alten Felsenloch bei Marseille, sind von der amerikanischen Kinofabrikation Motive aus Dumas „Grafen von Monte Christo“ verfilmt worden. Ungesähnte Nachkommen unserer Jugendzeit, in denen wir die einhundertjährigen Großväter bei trübem Lampenlicht durchschimmern, wurden wieder lebendig. Natürlich ist die Handlung je nach Notwendigkeit gebogen und verhorben worden. Gute Darsteller haben hervorragende Leistungen vollbracht. Und die Aufnahmen sind erstklassig. Die zehn Akte gehen spannungsvoll vorüber. In den beiden Vorvorstellungen „Herz über Bord“ und „Sodas als Chauffeur“ beginnen Hezerei und Hauerei beim Anhang und Ende beim glücklichen Abschluß.

Nächste Dampferfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Nach New York: D. Reliance am 22. Juli, D. Deutschland am 24. Juli, D. Cleveland am 31. Juli, D. Reliance am 5. August, D. Albert Ballin am 14. August, D. Westfalen am 16. August. Nach Philadelphia-Baltimore: D. Amalia 23. Juli, D. Liguria 15. August. Nach der Westküste Nordamerikas: D. Sachsen ca. 9. August, M. S. Jfs ca. 30. August, D. Montserrat ca. 13. September. Nach Südamerika: D. Brasilia 26. Juli, D. Baden 9. August, D. Sachsenwald 9. August, D. Wasgenwald 23. August. Nach Cuba-Mexiko: D. Solfatia 12. August, D. Westermühl 26. August, D. Toledo 12. September. Nach Westindien: D. Solfatia 2. August, D. Teutonia 16. August, M. S. Sachsen: D. Eriar 26. Juli, engl. D. Tobus 2. August, M. S. Haselland 9. August, engl. D. Kosmos 16. August, D. Elberfeld 23. August.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme heute früh 10 Uhr 20 Grad, Luft 19 Grad.

Badeanstalt Gräbenreich. Wasserwärme heute früh 11 Uhr 22 Grad, Luft 16 Grad.

Agrenzende Gebiete.

Hamburg. „Für Rettung aus Seenot“. Reichspräsident Ebert hat dem Hamburger Oberkonsul Robert Luezen in Anerkennung der bei der Rettung des Heizers de la Motte von dem gestrandeten Motorschiff „Sonderburg“ bewiesenen Aufopferung und Tapferkeit die Plakette für Rettung aus Seenot verliehen. Die „Sonderburg“ war in der Nähe von Büsum gestrandet

und völlig vom Eise eingeschlossen worden. Wochenlang war der Heizer de la Motte allein am Bord und kein Proviand völlig aufgebraucht. Unter großen Schwierigkeiten flog Luezen am 4. Januar von Hamburg aus nach dem gestrandeten Schiff und es gelang ihm, den Heizer im Flugzeug nach Hamburg zu bringen.

Hamburg. Friede im Baugewerbe. Der Spruch der Schlichterkammer ist von beiden Seiten angenommen. Die Arbeit wird zu den bisherigen Löhnen, welche bis einschließlich Mittwoch, den 23. Juli, gelten, wieder aufgenommen. Die alten Belegschaften sollen den nächsten Tag wieder eingestellt werden.

Emden. Föll der Ausbau des Hafens. Das Erweiterungsprojekt des Emdener Hafens erfährt eine Unterstützung durch einen Besuch des Verkehrsministeriums des Reichstages in Emden. Der Ausschuß ließ durch seinen Vorsitzenden erklären, er halte es im nationalen volkswirtschaftlichen Interesse für durchaus notwendig, daß das Reich den Hafen von Emden und den Dortmund-Ems-Kanal in ihrem schweren Konkurrenzkampf gegen Rotterdam mit allen verfügbaren Mitteln unterstützt. Der Ausschuß will dem Vernehmen nach vor allem dahin wirken, daß das Reich seiner Verpflichtung gegenüber Preußen, eine Vertiefung des Fahrwassers auf 13 Meter unter gewöhnlichem Hochwasser zu sorgen, so bald wie irgend möglich nachkomme.

Gewerkschaften.

Auf die Straße.

Die Firma Heinrich Lanz in Mannheim hat am Sonnabend ihren Betrieb stillgelegt und die gesamte Arbeiterschaft, etwa 5000 Mann, entlassen, sowie zu dem nächsten zulässigen Termin sämtlichen Beamten und Angestellten gekündigt. Als Grund wird Geld- und Kreditmangel angegeben. Die Verhandlungen des Betriebsrates der Firma mit dem Arbeitsministerium in Karlsruhe verliefen ergebnislos, da dieses sich außerstande erklärte, dem Ersuchen der Firma um Staatskredite Folge zu geben. — Die Automobilfabrik Kadog-Bugatti in Mannheim hat angekündigt, daß sie von Dienstag an zwei Drittel ihrer Arbeiter entlassen wird. — Auch die Opelwerke in Mainz haben 2000 Arbeitern gekündigt.

Meldungen wie die vorstehenden gehen uns jetzt täglich zu. Es geht aus ihnen zunächst hervor, daß es immer die Arbeitnehmerschaft ist, die für die Unfähigkeit und Kurzsichtigkeit der Unternehmer zu büßen hat. Jahrelang hat das Arbeitermertum in Deutschland, getrieben von egoistischen Gemeinwohlwählern, ohne Rücksicht und ohne Voraussicht auf die unvermeidlichen wirtschaftlichen Folgen der Inflation, auf den Zusammenbruch der Mark spekuliert. Es war ja so schön! Steuern bezahlte man je gut wie überhaupt nicht, ja, man konnte noch mit den Beiträgen und Steuern, die den Arbeitern und Angestellten vom Lohne abgezogen wurden, spekulieren. Die Reallohne schrumpften zu einem lächerlich geringen Satz zusammen, die Gewinne dagegen schwallen überaus reichlich herein.

Alle Warnungen, die insbesondere von sozialdemokratischer Seite erhoben wurden, schlug man in den Wind. Alle Versuche, die Mark zu stabilisieren, wurden sabotiert. Es kam der Ruhrkrieg, für den die Arbeiterschaft bluten mußte und den das Bürgerertum so fürchte, daß er mit einem fürchterlichen Zusammenbruch endete.

Nun ist das Betriebskapital, das immer Leihkapital ist, verputzt, verbrannt, ins Ausland verschleudert und verschoben, an die Aktionäre unter den verschiedensten Formen verschoben. Um Betriebskapital aufzunehmen, müssen Wucherzinsen gezahlt werden, soweit man überhaupt Kredit bekommen kann. Da die Industrie keinen Kredit bekommt, kann sie auch keinen geben.

Aber nicht dadurch allein wird die Industrie in ihrer Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt. Während der Inflationsjahre hat man den technischen Ausbau der Betriebe, ihre Fortentwicklung und Rationalisierung vernachlässigt. Das rächt sich jetzt. Die Arbeiterschaft aber ist es, die dafür büßen muß. Von ihr verlangt man jetzt, sie soll an die Regierung herantreten, damit diese durch billige Kredite der Industrie aushilft.

Wir können die Arbeiterschaft nicht ernst genug dafür warnen, sich etwa zum Handlanger einer derartigen verschleierte Inflationspolitik herzugeben. Wie die Dinge liegen, gibt es gegenwärtig praktisch nur eine Möglichkeit, aus der Kreditkrise herauszukommen: das ist die Annahme und schnelle Durchführung des Sachverständigengutachtens. Sobald die Goldnotwendigkeit erreicht sein wird, werden auch die Kreditverhältnisse, unter denen die deutsche Industrie leidet, behoben sein. Nicht behoben sein würde allerdings die Schlemerei in der Betriebs- und Kalkulationsführung, die sich während der Inflationsperiode in der deutschen Industrie eingenistet hat und bei weitem noch nicht ausgeremmt ist.

Freiwilligen müssen wir weiter, daß die Regierung sehr schnell bei der Hand ist, um den Arbeitern durch Kredite beizuhelfen, um durch die Freigabe der Ausfuhr ihnen auszuhelfen

und durch die Einführung von Schutzgöllen Sondergewinne auf Kosten der großen Verbraucherklasse zuzuschlagen.

Und während man täglich Zehntausende auf die Straße wirft, die Betriebe einschränkt, führt das Unternehmertum, unterstützt von der Regierung, einen hartnäckigen Kampf um die Verlängerung der Arbeitszeit.

So werden die schärfsten Interessengegensätze hervorgerufen, von der Regierung gefördert, und dann stellt sich der Reichstagler hin und beklagt sich, daß man in so harter Weise die Interessengegensätze austrage. Eine derartig einseitige Klassenkampfpolitik, wie sie gegenwärtig von den Unternehmern und der Reichsregierung auf Kosten der Arbeiterschaft geführt wird, muß die schärfste Abwehr der Arbeiterschaft hervorrufen.

Die Handlanger der Unternehmer. Der A. D. G. B. bereitet eine Volksabstimmung über die Ratifikation des Washingtoner Abkommens vor. Es ist höchstwahrscheinlich, daß bei einer allgemeinen Volksabstimmung eine große Mehrheit für den Abstundentag sich ergibt, und so dem Streben des Unternehmers nach der Verlängerung der Arbeitszeit eine Schraube gezogen wird. Dagegen toben die Unternehmer und ihre Presse — mit ihnen aber auch die Kommunisten. Die „Welt am Abend“, das kommunistische Abendblatt der „Roten Fahne“ schreibt:

„Wir halten eine allgemeine Volksabstimmung ebenfalls nicht für angebracht. Rein aufreichte Arbeiter oder Angestellte oder Beamter wird für eine längere Arbeitszeit für sich stimmen. Eine solche Abstimmung würde höchstens zeigen, wie viele Arbeiter wieder geistig in die Knechtschaft der Unternehmer geraten sind. Diese werden allerdings gegen ihre bessere Weisung und gegen ihre eigene Gesundheit sowie gegen ihr eigenes Interesse für die Profitinteressen der Unternehmer stimmen.“

Unter so fadenförmigem Vorwand soll also der Kampf um den Abstundentag von den Kommunisten gemeinsam mit dem Unternehmertum sabotiert werden. Das verlogene kommunistische Organ behauptet dann weiter, im A. D. G. B. seien in der Frage des Abstundentags ernsthafte Differenzen. Es versteigt sich zu folgender Lüge:

„Die Anhänger des Abstundentages sind gegen die Volksabstimmung, während die Anhänger des Wiederaufbaues der Wirtschaft auf Kosten der Arbeiter für die Volksabstimmung und für die verlängerte Arbeitszeit sind.“

Durch den Abstundentag werden die Kommunisten vor die Frage gestellt, ob sie den Abstundentag mit der Masse der Arbeiter wieder erobert wollen. Angesichts dieser klaren Entscheidung, wo es ein Ja oder ein Nein gilt, und für kommunistische Doppelzüngigkeit kein Platz ist, treten sie an die Seite der Unternehmer. Sie wollen, daß die Arbeiter weiter unter dem Keim- und Zehntendentaltag leiden, um dann zu gehen — nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die Arbeiterorganisationen.

Der Abstundentag in England. Die englische Gewerkschaftszentrale hat durch Rundfrage bei den angeschlossenen Organisationen festgestellt, in wie weit der Abstundentag in England bereits durchgeführt ist. Von 133 Gewerkschaften mit 4 688 609 Mitgliedern sind Antworten eingelaufen. Danach ist die Lage folgendermaßen: 40-Stunden-Woche 24 300 Mitglieder, 42-Stunden-Woche 800 000 Mitglieder, 44-Stunden-Woche 305 687 Mitglieder, 46-Stunden-Woche 8500 Mitglieder, 46½-Stunden-Woche 11 590 Mitglieder, 47-Stunden-Woche 964 224 Mitglieder und 48-Stunden-Woche 1 409 618 Mitglieder. Es arbeiten also 3 524 714 Gewerkschaftsmitglieder 48 Stunden und weniger, das heißt Dreiviertel der Belegschaft. Bemerkenswert ist der große Prozentsatz, der nur 42 Stunden pro Woche arbeitet. In England gibt es aber bislang noch kein allgemeines Gesetz über den Abstundentag. In Deutschland dagegen, wo der Abstundentag durch die bekannte Verordnung des Reichsarbeitsministers „geleichtlich festgelegt“ ist, arbeiten nach der Erhebung des A. D. G. B. mehr als die Hälfte der Arbeiter länger als 48 Stunden die Woche.

Vermischte Nachrichten.

Ernst Toller im „Hintermann“. Die Aufführung des „Hintermann“ im Berliner Residenztheater erhielt durch die Anwesenheit des Dichters beinahe das Gepräge einer Sensation. Ein starkes Polizeiaufgebot verhinderte die von völkischer Seite geplanten Radausgehungen. Das Publikum war in begeisteter Stimmung und spendete nach allen Akten stürmischen Beifall. Ernst Toller, von den Leiden der fünfjährigen Festungshaft und den Strapazen einer unter harter Polizeiaufsicht erfolgter Reise sichtbar erschöpft, wohnte in der Direktionsloge der Vorstellung bei.

Eine ehemalige Innungsgröße vor Gericht. In dem Prozeß gegen den früheren Vorsitzenden der Berliner Handwerkerkammer, Carl Khardt, beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten wegen schwerer Veruntreuung, aktiver Befehdung, Betrug und Kettenhandeln eine Gesamtstrafe von 4 Jahren Gefängnis.

„Fünf Minuten Trommelfeuer“.

Ich pralle gegen die Litfaßsäule, von der mich die Worte antworten:

„Fünf Minuten Trommelfeuer vor Verdun.“

Irrendweise ist in mir getroffen. Es war ja erst gestern — gestern vor acht Jahren —, daß ich vor Verdun im Trommelfeuer lag und ...

Etwas sehr Bitteres steigt hoch.

Aber was hat die Litfaßsäule, was hat Treptow an der Obersee mit dem Trommelfeuer von Verdun zu tun?

Ah ja, das ist die Reklame für das Monitrefeuerwerk eines Vergnügungsparks.

Mit Doppelmilitärkonzert und bengalischer Beleuchtung.

Ja, hm — die bengalische Beleuchtung. Die fehlte damals. Das Doppelmilitärkonzert auch. Es waren wohl auch etwas mehr als fünf Minuten. Es waren fünf Stunden, oder vielleicht auch fünfzig Stunden. Der Zeitbegriff geht in solchen Situationen verloren.

Aber ich will doch nur von fünf Minuten erzählen. Wirklichen fünf Minuten Trommelfeuer.

Es war einer der wunderbar klaren langen Frühlingabende. In anderer Situation hätte man den Abendfrieden besungen. Wir wußten längst nichts mehr von Frieden.

Der Himmel fand gelb zu mitleiden und wir haben die Granaten wie unheimliche Ratten darüberlaufen. Bei dieser Beleuchtung kann man sie fliegen sehen. Sind sie am Ende ihrer Bahn, schmettern sie eine unheimliche Faust in jedem Winkel zu Boden.

Die Granaten, die wir fliegen haben, schlugen weit entfernt ein. Aber es gab auch genug in unserer Nähe. Hinter uns in der Schlucht stand ein verlassenes französisches Festungswerk vor einem Wald, von dem nur noch die Stämme übrig waren. Auf dem Boden dieses Werks malmen die Granaten unaufhörlich und lebendigen schwarze Tonnen von Schutt und Trümmern in die Höhe.

Manche Granaten waren auch auf unseren Graben angelegt. Schlug eine von diesen ein, so zitterte die Erde. Große Stöße schlugen zwischen herab, in die Kreuze gebauene Unterstände brachen zusammen. Unser Graben war nicht mehr als jemals. Keine in den Stein eingemeißelt.

Aber wir wußten: schlägt es in unserer unmittelbaren Nähe ein, so fliegen wir trotz aller Deckung in die Luft.

Das wußten wir seit vielen Stunden, wußten, daß es keine Gegenwehr gegen dieses Ende gab, hatten schweigend und fatalistisch bei unsern Gewehren. Ab und zu warf eine Granate Steine und Dred über uns.

Doch von fünf Minuten mochte ich reden. Eine Granate schlug sehr nah ein. Wieder regnete es Schutt und Steine. Aber mitten hinein hörten wir ein seltsames Plätschen.

Wie wir hinschauten, lag zwischen uns ein rauchendes menschliches Eingeweide, frisch herausgerissen aus der menschlichen Hautschöppe, Blut und Rot von sich spritzend. Wo der übrige Rumpf geblieben war, ahnten wir nicht.

Wir waren gewiß keine Reichlinge. Ach Wochen Grabenkampf machen menschlich hart und gefühllos.

Aber damals geschah es, daß einer nach dem anderen sich umdrehte und erbrach. Dann sprachen wir lange Zeit kein Wort.

So sind fünf Minuten Trommelfeuer vor Verdun in meiner Erinnerung haften geblieben.

Für die heute Lebenden ist es freilich schon wieder Feuerwerk mit Doppelmilitärkonzert und bengalischer Beleuchtung.

Ja, ja, es ist seltsam. Aber es ist so.

Erich Kuttner.

Kann die deutsche Flotte bei Scapa-Flow gehoben werden?

Durch die Presse gehen Mitteilungen über die Hebung der bei Scapa-Flow vertriebenen deutschen Flotte, die völlig irreführend sind. Es wird von dem bisher günstigen Resultat der Hebung des Schlachtschiffes „Göndenburg“ gemeldet. Auch das ist unzutreffend. Nach englischen Mitteilungen liegen die Verhältnisse folgendermaßen: Verliekt wurden vor annähernd fünf Jahren bei Scapa-Flow, südlich der Orkney-Inseln, 16 Großkampfschiffe, 8 leichte Kreuzer und 60 Zerstörer. Die Schiffe liegen meistens in einer Tiefe von 120 Fuß. Die britische Admiralität war damals nach den ersten Untersuchungen der Ansicht, daß die Hebung der „Göndenburg“, „Baden“, „Frankfurt“ und „München“ und die von etwa 20 Zerstörern möglich sei, die Hebung der anderen Großkampfschiffe aber die gewaltigen Kosten verbieten. Nun hat die britische Admiralität mit einer Bergungsgesellschaft einen Vertrag auf Hebung von nur 2 Großkampfschiffen und zwar „Göndenburg“ und „Seydlitz“ und 2 Zerstörern abgeschlossen, die in einer für die Hebung günstigen Lage liegen. Die Gesellschaft ist seit einigen

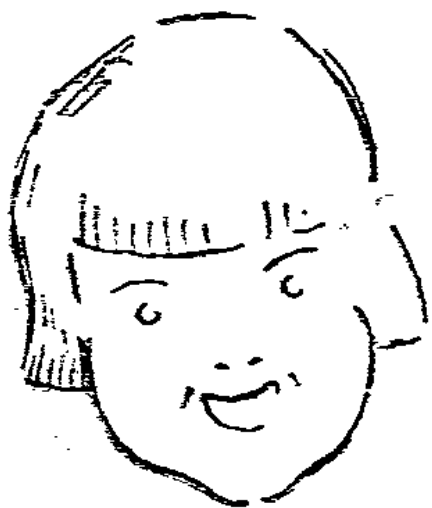
Wochen mit den Bergungsarbeiten auch beschäftigt, das Resultat ist bei allen Anstrengungen selbst mit dem von Deutschland abgelieferten Riesenschwimmboot mit einer Hebekraft von 4000 Tonnen — gleich null! Der gewaltige „Göndenburg“ rührt sich nicht, er ist bei seiner tiefen Lage schwer in Sand und Schlamm versackt. Jetzt haben englische Sachverständige eine ganz andere Meinung von der Hebungsmöglichkeit, es wird gesagt, daß die ersten Berechnungen falsch gewesen seien, auch seien die Kosten nicht zu erschwingen und es wird verlangt, die Arbeiten so schnell wie möglich einzustellen, da der ganze Plan völlig zwecklos sei! Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die deutsche Besatzung damals alles getan hat, um die Hebung der Schiffe unmöglich zu machen; so hat sie z. B. alle wasserdichten Schotten aller Schiffe zertrümmert, so daß sie bei der Hebung nicht geschlossen werden können; die Schotten zu schließen oder wiederherzustellen, sei ganz ausgeschlossen. Die Sachverständigen fordern eine Unterwasserexplosion, soweit die Brack ein Hindernis für die Schiffsahrt bilden. Daß übrigens die Hebung der gesamten deutschen Flotte lange Jahrzehnte dauern würde, geht schon daraus hervor, daß sich die Bergungsgesellschaft für die Wiederflottmachung nur der besagten beiden Großkampfschiffe und der 24 Zerstörer eine Zeit von mindestens acht Jahren (!) ausbehalten hat.

Der Katzenod in Budweis. — 2000 Tiere durch Gas vernichtet. In Budweis, in der südlichen Tschechoslowakei, ist kürzlich, der „Bohemia“ zufolge, eine Massenvernichtung von Katzen vorgenommen worden, deren Ausfuhrung an Grajauskleit ihresgleichen sucht. In vier sonst zur Abfuhr von Mägen und Abfällen bestimmten Wagen wurden je 500 bis 600 Katzen lebend übereinandergeschichtet und so stundenlang in dem lebenden Wagen gelassen, bis man sie in die Gasanstalt führte, wo ein Gasstrahl in die Wagen geleitet wurde, in denen sich erschlaffende Tierkadaver abgelagert hatten. Die untersten Tiere wurden von den oberen Schichten erdrückt oder erstickt. Zwischen den übrigen spielte sich ein Kampf auf Leben und Tod ab. Wie die bei der Sammlung der Tiere beschäftigten Organe erzählten, stellten sich die zu oberst stehenden Katzen, sobald eine in den Wagen hineingeworfen wurde, fauchend und drohend auf und stützten sich beißend auf die neue Untergangsgesellschaft. Als man nach vollbrachtem Werk die Wagen öffnete, fand man einen unentwirrbaren Knäuel in sich verstrickter Tiere vor. Gegen die von der Polizei angeordnete Katzenablieferung konnte hinne vierzehn Tagen Einspruch erhoben werden, der jedoch keine auswirkende Wirkung hatte. Am Tage der Vernichtung der Tiere sah man Frauen und Kinder ihre Lieblinge zu den Sammelstellen tragen, wo sie dann in den bereitstehenden Wagen verschwand. Die „Bohemia“ bezeichnet die Katzenvernichtung als eine Kulturkatastrophe.

Maass —
Reste



lächerlich billig



**Montag
Dienstag - Mittwoch**

Sämtliche Restbestände und Abschnitte aus den großen Extra-Verkäufen der letzten Zeit

lächerlich billig

Es handelt sich um Reste, Restbestände und Abschnitte unserer hervorragenden

Karstadt-Qualitäten

die zum Teil bei der Dekoration leicht angestaubt oder etwas beschädigt sind.

Preise zu nennen

nachdem Sie unsere beispiellos billigen Ausverkaufspreise kennen gelernt haben,

wäre lächerlich.

Also:

Montag früh 8,30 Uhr!

Karstadt